

Irene und Simon Aegerter

SPUREN SUCHE

Wie sich die Schweiz in eine
energiepolitische
Sackgasse manövrierte.



2020

Irene und Simon Aegerter

SPUREN SUCHE

Wie sich die Schweiz in eine
energiepolitische
Sackgasse manövrierte.

Impressum

Herausgeber © 2020: Irene und Simon Aegerter, Wollerau

Layout: Atelier KE, Beat Kehrtli, Meiringen

Druck: K uchler Druck, Giswil

Auflage: 1000 Exemplare

Kernenergie ist nicht leicht zu verstehen,
es ist aber leicht
gegen Kernenergie Angst zu schüren.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
1. Das spezielle politische System der Schweiz	10
2. Die Situation mit dem Energiegesetz	11
3. Die Vorgeschichte	13
4. Der aufkeimende Widerstand	17
5. Der Streit um Kaiseraugst	21
6. Die weiteren Initiativen: Argumente und Gegenargumente	25
7. Schicksalsjahr 2011	40
8. Die Botschaft	48
9. Die Beratungen	52
10. Unsere Rolle	57
11. Das Referendum und die Abstimmungen	63
12. Nachlese	74
13. Ausblick	76

Vorwort

Es ist Corona-Lockdown 2020. Das Energiegesetz, dem die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Mai 2017 mit 58 Prozent zugestimmt hatten, soll etwas über 2 Jahre nach seinem Inkrafttreten schon revidiert werden. Wir schauen uns an und fragen uns: Wie war es möglich, dass die demokratische, pragmatische und gebildete Schweiz in eine solche Sackgasse geraten konnte? Wir beschliessen, uns auf Spurensuche zu begeben, denn schliesslich waren wir beide fast unser Leben lang mit Energiefragen beschäftigt.

Irene hat seit frühester Kindheit von Energiethemen gehört. Zwei ihrer Onkel waren Physikprofessoren, ihr Götti Paul Huber übernachtete regelmässig bei ihrer Familie in Bern. Nach ihrer Doktorarbeit am EIR hat sie im AC-Schutz des Eidgenössischen Militärdepartements gearbeitet bevor sie als Stadträtin (Legislative) in Bern gewählt (1974 – 1980) und Mitglied der Geschäftsprüfungskommission wurde. Damals fragte man sich, ob man die Stadt Bern mit Fernwärme vom Kernkraftwerk Mühleberg versorgen könnte. Da war Irene als Physikerin gefragt. Später war sie verantwortlich für die Kommunikation von Energieprojekten im Sulzer Konzern und dann 10 Jahre als Vizedirektorin und Kommunikationsschefin des VSE zuständig auch für die Abstimmungskampagnen gegen die atomfeindlichen Initiativen. Sie gründete 1982 «Frauen für Energie» und 1992 WiN – Women in Nuclear – heute eine globale Organisation mit tausenden von Mitgliedern. Von 2001 bis 2008 war sie Mitglied der eidgenössischen Kommission für die Sicherheit der Atomanlagen KSA, heute KNS (Kommission Nukleare Sicherheit).

Simon lernte als Physik-Doktorand von Prof. Hans Oeschger an der Universität Bern die Klimaforschung kennen und leitete in den 1970er Jahren die Abteilung Exakte- und Naturwissenschaften des Schweizerischen Nationalfonds und anschliessend das Technorama der Schweiz in Winterthur. Er arbeitete, bevor er sich selbständig machte, in einem Energie-Think-Tank und war Referent an der Welt-Energiekonferenz 1989 in Montréal. Im Militär diente er als Chefphysiker bei den AC-Truppen. In den letzten Jahren hat er häufig zu Energiethemen publiziert und kürzlich ist sein Buch «Das Wachstum der Grenzen» erschienen.

Ja, wie ist es so weit gekommen, dass man als einigermassen informierter Bürger ob den Beschlüssen unseres Parlaments nur noch den Kopf schütteln kann? Es ist das Resultat einer Entwicklung über Jahrzehnte und daran waren viele Akteure beteiligt – wirklich viele! Das macht das Ganze so unübersichtlich. Wir versuchen, die Rolle dieser Akteure zu ergründen.

1. Das spezielle politische System der Schweiz

Wir haben keinen Staatspräsidenten. Wir haben keinen Ministerpräsidenten, keinen Premierminister und keinen Kanzler. Oder doch: Wir haben einen Bundeskanzler. Er ist nicht Mitglied der Regierung, sondern oberster Verwalter. Sein Einfluss hängt allein von seinem Geschick, seiner Menschenkenntnis und seiner Schlaueit ab.

Oberste Instanz, der Souverän, wie die Königin von England, ist das Volk. Genauer, der Teil des Volkes, der stimmberechtigt ist. Wir nennen es der Einfachheit halber das «Stimmvolk». Das Stimmvolk wählt den Nationalrat als seine Vertretung, die Kantone wählen den Ständerat. Die beiden bilden das Parlament. Manchmal tagen sie gemeinsam. Dann heisst dies «vereinigte Bundesversammlung».

Das Stimmvolk kann dem Parlament mit Initiativen Aufträge erteilen oder durch Referenden seine Beschlüsse aufheben. Eine Initiative ist ein Auftrag an den Bundesrat und das Parlament, dem Stimmvolk eine Vorlage zu einer bestimmten Verfassungsänderung zur Abstimmung zu unterbreiten. Der Auftrag ist verbindlich, wenn mindestens 100 000 Stimmberechtigte ihn innerhalb von 18 Monaten unterschrieben haben. Wird die Vorlage von einer Mehrheit der Stimmdenden und der Mehrheit der Kantone (Ständemehr) angenommen, tritt sie in Kraft.

Das Stimmvolk hat keine Möglichkeit ein Gesetz zu verlangen, abzuändern oder ausser Kraft zu setzen. Nur gegen ein neues Gesetz kann es sich wehren. Wenn 50 000 Stimmberechtigte innert 90 Tagen das mit ihrer Unterschrift verlangen, ist der Bundesrat gezwungen, es dem Volk in einer Referendumsabstimmung vorzulegen. Um das Gesetz abzulehnen, ist die Mehrheit der Stimmdenden erforderlich, die Mehrheit der Kantone nicht.

Dieses System muss man kennen, wenn man verstehen will, wie die Energiepolitik in diese Sackgasse geriet. Bis anhin hat das System zwar langsam, aber vernünftig funktioniert. Warum in der Energiefrage nicht?

2. Die Situation mit dem Energiegesetz

Das Schweizer Stimmvolk hat am 21. Mai 2017 einem Energiegesetz zugestimmt, das eigentlich ein Stromgesetz ist. Gleichzeitig – mit der gleichen Abstimmung – hat das Volk auch Änderungen im Kernenergiegesetz zugestimmt. Rahmenbewilligungen für neue Kernkraftwerke und die Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstoffe sind darin verboten.

Wenn die Kernenergie in absehbarer Zeit wegfällt, muss die entsprechende Stromlücke, zwischen 23 und 25 Milliarden kWh pro Jahr, irgendwie kompensiert werden. Wie? Genau auf diese Frage sollte das Energiegesetz eine Antwort geben. Die Antwort lautet: Der Strom soll in Zukunft aus erneuerbaren Quellen kommen, nämlich Photovoltaik, Wind, Biomasse und Geothermie. Man nennt sie «neue» erneuerbare Energien, obwohl man den Wind seit 3000 Jahren nutzt. Sie sollen bis 2020 4,4 Milliarden kWh liefern und 11,4 Milliarden kWh im Jahr bis 2035.

Das reicht bei weitem nicht. Deshalb muss gespart werden. Der Gesamtenergieverbrauch soll gegenüber dem Jahr 2000 bis 2020 um 16 Prozent sinken und bis 2035 um 43 Prozent. Gleichzeitig soll der Verbrauch elektrischer Energie um 13 Prozent sinken. Erbauer und Betreiber von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energie erhalten Einspeisevergütungen oder Investitionsbeiträge. Die Einspeisevergütungen sollen die Kosten der Produktion decken. Sie werden durch einen Aufschlag auf den Strompreis von 2,3 Rappen pro kWh finanziert. Berechtigt sind die erwähnten neuen Erneuerbaren und bestimmte Wasserkraftwerke. Fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes sollen keine neuen Verpflichtungen für Einspeisevergütungen mehr eingegangen werden und ab 1. Januar 2031 soll es keine Investitionsbeiträge mehr geben. Das sind die wichtigsten Bestimmungen. Das Energiegesetz umfasst 77 Artikel auf 32 Seiten.

Die Tatsache, dass es nach gut zwei Jahren bereits revidiert wird, zeigt, wie unrealistisch und wie unsorgfältig es vorbereitet wurde. Es ist physikalisch klar, dass man Kernkraftwerke, die Grundlast liefern, nicht durch Photovoltaik und Windmühlen ersetzen kann. Kernkraftwerke liefern zuverlässig und fast CO₂-frei Strom, sie lassen sich in einem gewissen Bereich steuern. Wind und Sonne lassen sich nicht steuern, im Gegenteil – sie steuern. Sie liefern Strom wenn sie wollen, nicht wenn man ihn braucht und oft gar keinen. Das ist das fundamentale Problem. Daran scheitert das Gesetz.

Tiefe Geothermie, die vier Milliarden kWh liefern sollte, gibt es gar nicht. Ausserhalb von Vulkangebieten wie Island ist es noch nie gelungen, mit Wärme aus der Tiefe ein Kraftwerk zu betreiben. Wie steht es um die Windenergie? Die einzigen Windturbinen in der Schweiz, die seit der Abstimmung errichtet wurden, sind die auf der Gotthard-Passhöhe. Sonst wächst überall der Widerstand. Kein Mensch weiss, wo die benötigten 800 Riesenturbinen stehen sollen. Sogar die Photovoltaik stagniert. Angeblich sei der Solarstrom billiger als jeder andere Strom. Das gilt allerdings nur, wenn man die Kosten für die unerlässlichen Speicherbatterien ausser Acht lässt. Deshalb sollen die Subventionen neuerdings um 5 Jahre verlängert werden – ein Verstoß gegen Treu und Glauben.

Diese Luftschlösser hat unser Bundesrat gebaut. Das Parlament hat sie gekauft und es ist ihm gelungen, sie dem Stimmvolk zu verkaufen. Wie war das möglich? Um das zu verstehen, muss man die Vorgeschichte anschauen. Es ist eine lange Geschichte mit vielen Facetten.

3. Die Vorgeschichte

Eigentlich beginnt die Vorgeschichte am 17. Dezember 1938, als Otto Hahn und Fritz Strassmann Uran mit Neutronen bombardierten. Als sie das Uran untersuchten, fanden sie Barium. Woher kommt Barium? Ihre Kollegin Lise Meitner erklärte es ihnen: «Ihr habt den Urankern gespalten». Das Barium war einer der Trümmerteile der gespaltenen Urankerne. Den Physikern war längst bekannt, dass bei diesem Vorgang, wenn er denn möglich sein sollte, pro Atom mehrere Millionen Mal mehr Energie frei würde, als bei einer chemischen Reaktion. Deshalb verbreitete sich die Nachricht wie ein Lauffeuer in der Welt der Physiker. Allen war klar: das ist eine Zeitenwende.

Die weitere Entwicklung verlief weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit. Diese erfuhr erst am 6. August 1945 schockartig von der neuen Energiequelle. Eine Nuklearbombe hatte die Stadt Hiroshima zerstört. Die amerikanischen Meldungen dazu sprachen fälschlicherweise von einer «Atomic Bomb». Unsere Medien übersetzten das zuerst mit «atomische Bombe» bevor sich das Kürzel «Atombombe» durchsetzte. Wie auch immer, das Wort «Atom» hat seither einen nicht ausrottbaren Beigeschmack des Schreckens und des Krieges.

Die Schweiz war auf das Atomzeitalter gut vorbereitet. Das war einem Mann zu verdanken: **Paul Scherrer**, Physikprofessor an der ETH. Seine Kontakte zu den amerikanischen Nuklearphysikern waren exzellent. Scherrer besass auch die nötigen Kontakte zu Bundesbern, die er sofort spielen liess. Bereits 1945 hat der Bundesrat eine «Studienkommission für Atomenergie» (SKA) unter Scherrers Vorsitz eingesetzt. Irenes Götti – inzwischen Physikprofessor an der Universität Basel – war auch Mitglied.

Von da an gab es zwei Geschichten der Kernenergie in der Schweiz, die sich teilweise überschneiden: Die militärische und die zivile.

Das Schweizer Militär war von der Wirksamkeit der neuen Waffe fasziniert. Offenbar hatten sie übersehen, dass diese damals eine rein strategische Waffe war und dass eine strategische Kriegsführung für die Schweizer Armee keine Option war. Es ist deshalb schwer verständlich, dass der Bundesrat noch 1958 verlauten liess: *«In Übereinstimmung mit unserer jahrhundertealten Tradition der Wehrhaftigkeit ist der Bundesrat deshalb der Ansicht, dass der Armee zur Bewahrung der Unabhängigkeit und zum Schutze unserer Neutralität die wirksamsten Waffen gegeben werden müssen. Dazu gehören Atomwaffen.»*

Sogar das Stimmvolk liess sich faszinieren. Die Schweizer Männer verwarfen 1962 die «Volksinitiative zum Verbot der Atomwaffen» mit 62,2 Prozent Nein. Erst am 27. November 1969 nahmen die Träume ein Ende. An diesem Tag liess der Bundesrat den «Atomsperrvertrag» in London unterzeichnen. Es dauerte aber bis zum 9. März 1977 als das Parlament ihn ratifizierte.

Auf der zivilen Seite war es auch Paul Scherrer und seine ehemaligen Doktoranden unter ihnen Irenes Götti, welche die Forschungs- und Informationsarbeit vorantrieben. Es war allerdings ein glücklicher Zufall, dass die Internationale Atomenergie Agentur ihre erste Konferenz 1955 zum Thema **«Atome für den Frieden»** in Genf durchführte. Die Konferenz war von einer Ausstellung begleitet, die den Mitgliedländern Gelegenheit gab, den Stand der Technik zu zeigen. Natürlich wollten die USA demonstrieren, wie fortgeschritten sie waren und transportierten einen vollständigen, funktionierenden Kernreaktor nach Genf. Weil die Uranstäbe am Grund eines Wasserbeckens ähnlich einem Schwimmbad standen, hiess er Schwimmbad-Reaktor und man konnte das zauberhafte blaue Cerenkov-Licht um den «Core», gut beobachten.

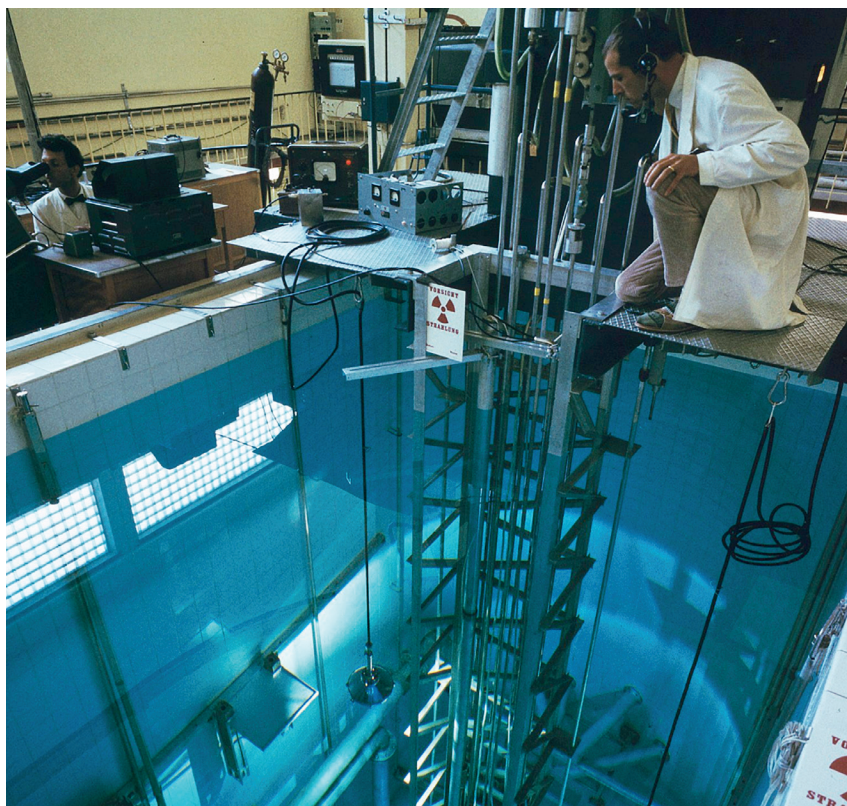
Der stets nach einer Gelegenheit Ausschau haltende Scherrer sagte den Amerikanern sinngemäss: «Das wird aber teuer, wenn ihr diesen Reaktor, der in Betrieb war und dessen Uranstäbe jetzt radioaktiv sind, in die USA zurück schiffen wollt. Vielleicht können wir euch das Problem abnehmen.» Das liessen sich die Amerikaner nicht zweimal sagen und so kam die Schweiz zum Schnäppchenpreis zu ihrem ersten Kernreaktor. (Genau so hat es sich natürlich nicht zugetragen. Aber sobald Scherrer davon Wind bekam, dass die Amerikaner einen Reaktor aufbauen würden, veranlasste er, dass auf diplomatischer Ebene Verhandlungen aufgenommen wurden.) Der Bund kaufte den Reaktor für nur 180 000 Dollar – allerdings war der US\$ damals noch über viermal mehr wert als heute.

Damit war es aber nicht getan. Der Reaktor brauchte Infrastruktur und ein Gebäude. Auch da hatte Scherrer vorgesorgt. Er hatte Walter Boveri, einen der Hauptaktionäre der BBC AG, ins Boot geholt. Zusammen mit Partnern aus der Industrie, der Finanz- und Elektrobranche hatten sie im März 1955 die Reaktor AG gegründet. Nun bauten sie am Aare-Ufer bei Würenlingen das, was später das «Eidgenössische Institut für Reaktorforschung» werden würde. Schon 1957 nahm der Reaktor den Betrieb auf und er lief bis 1994. Wegen des blauen Cerenkov-Lichts nannte man ihn **«Saphir»**.

Der Saphir war ein wunderbares und vielseitig nutzbares Forschungsinstrument. Wir haben beide damit gearbeitet. Vor allem als Neutronenquelle fand

er für Experimente in vielen Forschungsgebieten Verwendung. Er produzierte auch Radioisotope, die in der Medizin Verwendung fanden. Man hätte vorerst zufrieden sein können. Aber man war nicht. «Man», das war die Maschinenindustrie und das Militär.

Die Industrie sah eine Marktlücke, in die vorzustossen das Gebot der Stunde schien. Bei Gebr. Sulzer AG sagte man sich: Wer Grossdieselmotoren für Ozean-Schiffe bauen kann, der kann auch Kernkraftwerke bauen. Bei BBC traute man sich das auch zu.



Die Spitze der Armee war zu dieser Zeit immer noch überzeugt, dass Nuklearwaffen in das Arsenal einer ernst zu nehmenden Armee gehörten. Sie suchte immer noch nach einem Weg, in den Besitz der «wirksamsten Waffe» zu kommen. Mit dem Erwerb des Saphir hatte man sich aber gegenüber den Amerikanern verpflichten müssen, das Uran nur für friedliche Zwecke zu verwenden.

Man wollte von den Amerikanern unabhängig werden. Als auch Paul Scherrer die ursprüngliche Hoffnung, angereichertes Uran und Graphit in der erforderlichen Qualität beschaffen zu können, aufgeben musste, war der Entscheid schnell gefällt: man plante den Bau eines Reaktors mit Natururan, der mit Schwerwasser moderiert wurde. Das konkrete Projekt hiess P3 und der Versuchsreaktor wurde am Standort der Reaktor AG bei Würenlingen gebaut. Am 10. Oktober 1960 nahm er unter dem Namen «Diorit» in Anwesenheit von Bundespräsident Petitpierre den Betrieb auf. Es herrschte Stolz und Freude. Erstmals produzierte ein in der Schweiz entwickelter und gebauter Kernreaktor ein wenig Energie.

Der Diorit war die Vorstufe zu einem Versuchskraftwerk. Es ist hier nicht der Ort, auf die vielen Rankünen zwischen den Industriegesellschaften, dem Bund und Alparthieren aus Wirtschaft und Politik einzugehen; sie waren episch. Trotz allem wurde das Versuchskraftwerk gebaut, in einer Kaverne bei Lucens im Kanton Waadt. Der Reaktor erreichte am 29. Dezember 1966 erstmals Kritikalität. Nach mehr als einem Jahr Tests und Verbesserungen übernahm die Betreibergesellschaft EOS am 10. Mai 1968 das Kraftwerk und betrieb es drei Monate lang störungsfrei bei Volllast von 25 MW. Im Oktober begann eine Revisionsphase während der – unbemerkt – ein Brennelement leicht korrodierte. Beim Wiederanfahren am 21. Januar 1969 behinderten die Korrosionsprodukte den Fluss des Kühlgases CO₂, was zu einer zunächst lokalen, aber schliesslich weiträumigen Überhitzung und zum Schmelzen von 2 Brennelementen führte. Niemand wurde verletzt und die Umwelt blieb unbehelligt, denn der Reaktor war ja in einem Berg gebaut, quasi das erste Containment. Man kann diese Havarie als das Ende der Vorgeschichte bezeichnen. Jedenfalls besiegelte sie das zuvor bereits beschlossene Ende der schweizerischen Reaktorentwicklung.

Bereits 5 Jahre zuvor, 1964, hatte **Bundesrat Willi Spühler** an der Jahresversammlung von SEV und VSE angeregt, ja verlangt, dass die Elektrizitätsgesellschaften den Bau von ölthermischen Kraftwerken aufgeben und direkt auf die moderne Kernkraft setzen sollten. Ohne Begeisterung nahmen diese den Ball auf und die NOK bestellte zwei schlüsselfertige Kernkraftwerke bei der amerikanischen Gesellschaft Westinghouse. Die BKW wählte General Electric als Lieferanten. Beznau 1 (NOK) ging am 1. September 1969 in Betrieb, Beznau 2 im April 1972 und Mühleberg (BKW) am 6. November 1972. Niemand erhob Einspruch, im Gegenteil: Der Schweizerische Bund für Naturschutz begrüsst die Kernkraftwerke ausdrücklich als umweltfreundlich. Und als in der Turbinenhalle des Kernkraftwerks Mühleberg ein verheerender Brand ausbrach, der die Inbetriebnahme um ein Jahr hinauszögerte, bekam der Direktor, Hans Rudolf Lutz, gerade mal drei Interview-Anfragen, wie er uns erzählt hat.

4. Der aufkeimende Widerstand

Wieder war eine Zeitenwende angebrochen, ja sie war in vollem Gang. Sie hatte mit den Jugendunruhen im Umbruchjahr 1968 begonnen. Stellvertretend für viele erwähnen wir drei Ereignisse, die darauf folgten:

Das Buch «Der stille Frühling» von Rachel Carson sorgte 1969 für Aufsehen. Carson schilderte eine Welt, in der die Singvögel fehlten, weil sie nicht genügend Insekten fanden. Diese waren nämlich im Szenario von Carson den Pestiziden der industrialisierten Landwirtschaft zum Opfer gefallen. Das Buch löste schliesslich die Entwicklung einer Strömung aus, die «natürliche» Landwirtschaft verlangte – «Bio-Landbau».

Es folgte 1972 «Die Grenzen des Wachstums». Dennis und Donella Meadows zeigten anhand von Computermodellen, dass die moderne Gesellschaft infolge Übernutzung der Rohstoffe und anderer Ressourcen innert weniger Jahrzehnte zwangsläufig kollabieren müsse.

Schliesslich verhängten sieben arabische Ölförderländer Ende Oktober 1973 einen Öl-Boykott gegen die USA und kurz darauf, Anfang November, kürzten sie die Produktion um 25 Prozent und erhöhten den Preis um 70 Prozent. Der Ölschock erschütterte die Welt.

Die Welt, verstört durch die Hippies, verunsichert wegen dem «Stummen Frühling» und verängstigt durch die «Grenzen des Wachstums», war bereit für neue Paradigmen. Die neue Losung hiess «Sparsamkeit»! In der Schweiz wurde das Autofahren an einigen Sonntagen verboten. Man begann, wärmegeämmte Häuser zu bauen – man sprach von isolieren. Kleine Autos wurden schick, die Amerikaner erfanden den «Compact Car» – klein und sparsam.

Auch in der Schweiz war man verunsichert. Wie soll die gefährdete Energieversorgung in Zukunft sichergestellt werden? Und wer soll dafür verantwortlich sein? Um diese Fragen zu klären, setzte der Bundesrat die «Eidgenössische Kommission für eine Gesamtenergiekonzeption» (**GEK**) ein. Die Kommission, unter dem Präsidium von **Michael Kohn**, sollte Ziele für eine künftige schweizerische Energiepolitik definieren und Massnahmen vorschlagen.

Die GEK erarbeitete vier Szenarien, die von «rein marktwirtschaftlich» über die Schaffung neuer Bundeskompetenzen bis hin zu einem Szenario ohne

neue AKW und mit Ökosteuer reichten. Hauptziele der angestrebten Energiepolitik waren zunächst Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit, erst zum Ende der Kommissionsarbeit kam das Thema Umweltschutz hinzu. Vier Postulate stellte die GEK schliesslich im Schlussbericht von 1978 auf, die für das Erreichen der gesetzten Ziele unabdingbar seien: Sparen, Forschen, Substituieren und Vorsorgen. Zudem empfahl die Kommission die Schaffung eines Energieartikels in der Verfassung, um die Kompetenzen des Bundes zu stärken.

In Frankreich reagierte man anders: Nur vier Monate nach dem Beginn des arabischen Ölboykotts verkündete Premierminister Pierre Messmer «In Frankreich haben wir zwar kein Öl, aber wir haben Ideen!» und verkündete den Plan, sämtliche ölthermischen Kraftwerke durch Kernkraftwerke zu ersetzen. Das Parlament hatte dazu nichts zu sagen, das Volk erst recht nicht. Messmer verfügte den Plan per Dekret mit dem Segen von Präsident Pompidou. Gegen dieses als undemokratisch empfundene Vorgehen, entbrannte heftiger Widerstand. Die Demonstrationen richteten sich vorerst gar nicht gegen die Kernenergie, sondern gegen die Ausschaltung demokratischer Prozesse.

Ob die Ölscheichs die Kernenergie jemals als potentielle Konkurrenz gesehen haben, wissen wir nicht, aber angesichts des Messmer-Plans müssen ihnen die Augen aufgegangen sein. Wenn alle Welt sich den Franzosen anschliesse, sähen sie ihre Felle davonschwimmen, umso mehr als der Klimawandel, ausgelöst durch die CO₂-Emissionen, die bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe ausgestossen werden, langsam ins Bewusstsein der wissenschaftlichen Öffentlichkeit drang – auch das eine Bedrohung ihres Geschäftsmodells.

In ihrem Buch «The Merchants of Doubt» schildern die Historiker Naomi Oreskes und Eric M. Conway was dann geschah. In den 50er und 60er Jahren hatte eine Handvoll Wissenschaftler gutes Geld damit verdient, für die Tabakindustrie pseudowissenschaftliche Artikel zu schreiben, in denen sie die Indizien, dass das Rauchen krebsfördernd sei, anzweifelten. Nun hatten sie einen neuen Kunden: Die Ölindustrie. Sie konnten sagen «Lasst uns das machen, wir wissen wie es geht.». Natürlich nicht gratis. Sie begannen, an der Wissenschaftlichkeit des Klimawandels und an der Sicherheit der Kernenergie Zweifel zu säen. Dass ExxonMobil zu den Auftraggebern gehörte, haben Oreskes und Conway minutiös nachgewiesen.

Was die Kampagne der Kohlebranche betrifft, so erinnern wir uns an zwei Begebenheiten, die eine klare Sprache sprechen. Der erste Präsident der Schweizerischen Energiestiftung (SES), eine der militantesten Anti-Kernenergie-Organisationen der Schweiz, war ein Dienstkollege und Freund von Simon.

Er wusste nichts von seiner Haltung zum Thema und wollte ihn als Stiftungsrat gewinnen. Er betonte, wie die Finanzierung dank der Kohlebranche gesichert sei. Wir behaupten nicht, dass es heute noch so ist, aber wir können auch das Gegenteil nicht belegen. Anfang der 80er Jahre wurde Irene eingeladen, einen Artikel in der Gratiszeitung PRO 09/82, die eine Millionenaufgabe hatte zu publizieren: «Renaissance der Kohle – eine gefährliche Illusion». In dieser Zeit leitete Simon die Vorbereitungen zur Eröffnung des Schweizerischen Wissenschafts- und Technikmuseums «Technorama» in Winterthur. Geplant war unter anderem eine eindrückliche Multimediashow zum Thema Energie. Um sie zu finanzieren, wandte er sich an die diversen Interessenverbände der Energiebranche. Der Vertreter des Kohleverbands liess am Telefon keine Zweifel aufkommen: «Solange Ihre Frau solchen Unsinn in der Zeitung schreibt, kriegen Sie von uns bestimmt kein Geld!» Selbst erlebte Geschichte ist immer am überzeugendsten...

Die «Händler des Zweifels» fanden ein geneigtes Publikum und eifrige Nachahmer. Die Anhänger der Thesen von Meadows, denen jeder technische Fortschritt ein Gräuel ist, sahen sich bestätigt und viele Bürgerinnen und Bürger, denen die rätselhaften Ungeheuer – mit dem schrecklichen «Atom» im Namen – schon immer suspekt waren, ebenfalls.

Vor diesem Hintergrund ist das Erwachen der Antiatom-Bewegung in der Schweiz zu sehen. Die Anfänge muss man in Basel ausmachen. Warum? Wir wagen eine These, für die wir überzeugende Hinweise von Zeitzeugen haben. Die Chemische Industrie sah sich seit langem in der Rolle eines Prügelknaben für gefährliche Umweltverschmutzungen und suchte einen anderen Sündenbock. Die Kernenergie eignete sich dafür hervorragend. Kein normal gebildeter Mensch versteht, was in einem Kernkraftwerk wirklich vor sich geht. Die Vorstellung, es könnte sich jederzeit in eine Atombombe verwandeln, ist für Laien naheliegend – egal wie falsch sie ist. Die Saat fiel auf fruchtbaren Boden: «Wir haben die Chemie, damit müssen wir uns abfinden, schliesslich zahlt sie Löhne und Steuern und sichert unseren Wohlstand. Aber jetzt nicht auch noch die gefährlichen Atommeiler».

Dass mitten in der Stadt Basel, an der Klingelbergstrasse, seit 1959 ein kleiner Forschungs- und Schulungsreaktor in Betrieb war, davon hatten die meisten Basler keine Ahnung. Der Basler Physikprofessor Paul Huber hatte ihn an der Weltausstellung 1958 in Brüssel gesehen, wo er unter dem «Atomium» als Demonstrationsobjekt aufgebaut war. Es gelang ihm, die baselstädtische Regierung zu überzeugen, diesen Reaktor für die Uni Basel zu erwerben. Er ist bis 2015 für Forschung und Ausbildung verwendet worden und wird jetzt rückgebaut.



Einweihung Beznau 1 am 1. September 1969 mit (v.l.n.r.) Urs Hochstrasser, Delegierter des Bundes für Atomenergie, Regierungsrat Ernst Brugger und Fritz Aemmer, Direktor der NOK.

Der Bau der ersten drei Kernkraftwerke in der Schweiz (Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg) war ungestört abgelaufen. Die Stromversorger schmiedeten jetzt grosse Pläne: Sieben weitere, grössere Kernkraftwerke sollten dazu kommen: In Leibstadt am Rhein, im solothurnischen Gösgen, in Kaiseraugst bei Basel (aber im Kanton Aargau), im oberaargauischen Graben, in Verbois bei Genf, im luzernischen Inwil und schliesslich in Rüthi im sanktgallischen Rheintal. Diese Pläne stiessen nicht gerade auf Begeisterung bei der lokalen Bevölkerung. Zudem zeigte das Buch «Ist Kaiseraugst wirklich nötig» von Elmar Ledergerber, dass man weitere Kernkraftwerke für die Stromversorgung gar nicht brauche, denn man könne ja sparen. Dazu kam, dass der Bundesrat im März 1971 die Flusswasserkühlung verboten hatte, was über 140 Meter hohe Kühltürme nötig machte. Gegen diese richtete sich zunächst der Protest. Damit war die Bühne vorbereitet für die kommenden hitzigen Auseinandersetzungen.

5. Der Streit um Kaiseraugst

Am schnellsten vorwärts ging es mit den Projekten Gösgen, Kaiseraugst und Leibstadt. In Gösgen ging es besonders flott voran, denn aus baugleichen Reaktoren in Deutschland hatte man Erfahrung. Anders in Kaiseraugst. Um die Geschichte dieses Projekts zu verstehen, müssen wir einige Jahre zurückblenden: In der Gemeinde Kaiseraugst hatte die Motor-Columbus AG schon 1963 ein Grundstück erworben in der Absicht, dort ein ölthermisches Kraftwerk zu bauen. Diesem Vorhaben erwuchs erheblicher Widerstand wegen der befürchteten Luftverschmutzung. Man solle doch statt auf das schmutzige Öl auf die saubere Kernenergie setzen. Michael Kohn, der Direktor der Motor-Columbus AG, liess sich nicht zweimal bitten und man nahm die Planung eines Kernkraftwerks an die Hand. Bereits am 15. Dezember 1969 erteilte der Bundesrat die Standortbewilligung für das Kraftwerk Kaiseraugst (KWK) und gleichentags auch für das KKW Leibstadt.

Wegen eines Standortwechsels innerhalb der Gemeinde Kaiseraugst wurde eine Abstimmung über eine Umzonung nötig. Diese war heftig umstritten, da sie zu einem Plebiszit für oder gegen das Kernkraftwerk instrumentalisiert wurde. Erstmals traten die später führenden AKW-Gegner mit ihren Warnungen vor der gefährlichen Atomenergie auf den Plan, doch die Stimmbürger genehmigten am 17. August 1969 die Umzonung und damit das Kraftwerk mit 174 gegen 125 Stimmen – bei einer Stimmbeteiligung von 94,2 Prozent!

Doch der Wind drehte. Als bekannt wurde, dass zum Kraftwerk ein Kühlturm gebaut werden muss, kippte die Stimmung. Am 5. Juli 1971 reichte die Motor-Columbus AG bei der Gemeinde das Baugesuch ein. Darüber führte der Gemeinderat eine rechtlich fragwürdige konsultative Abstimmung durch, die haushoch gegen die Baubewilligung entschied. Gestützt darauf lehnte der Gemeinderat das Gesuch am 19. Juni 1972 ab. Nach einer langen Kette von Beschwerden und Gegenbeschwerden wies das Bundesgericht schliesslich am 13. August 1973 – also nach fast 14 Monaten – die Gemeinde an, die Baubewilligung zu erteilen. Wegen weiterer Beschwerden trat diese aber erst Ende Juni 1974 in Rechtskraft. Damit war ein erhebliches Frustrationspotential aufgebaut. Zwei Jahre, nachdem das Volk seinen Willen klar geäussert hatte, wurde dieser Wille übergangen. Das schuf ein fruchtbares Feld für die militanten Atomkraftgegner.

Im nahen Wyhl am Rhein war ebenfalls ein Kernkraftwerk geplant wie in Kaiseraugst. Auch dort wuchs der Widerstand und er wurde zunehmend mi-

litanter. Als eine Gruppe von Atomgegnern das Baugelände besetzte, führte die Polizei sie ab und sicherte das Gelände mit Stacheldraht. Wenige Tage später überrannten 3000 Personen den Polizeicordon, rissen den Zaun nieder und feierten die «Rückeroberung» des Baugeländes. Die Polizei liess sie schliesslich gewähren. Für die Basler Atomgegner waren die Wyhler Ereignisse eine Art Hauptprobe. Die Leitung der KWK andererseits war zunehmend beunruhigt und versuchte, die Behörden auf mögliche Gefahren aufmerksam zu machen – vergeblich.

Am Osterdienstag 1975, es war der 1. April, verwandelte sich das Baugelände in Kaiseraugst in einen Campingplatz. KWK-Direktor **Ulrich Fischer** schätzte 200 bis 300 Leute, darunter Frauen und Kinder. Wortführer waren die späteren Nationalräte Hansjörg Weder (LdU) und Alexander Euler (SP), ein Nachfahre des grossen Mathematikers.

Bereits an diesem ersten Tag der Besetzung zeichnete sich ab, dass sich die Behörden auf sämtlichen Ebenen ausser Stande sahen, etwas gegen diesen Rechtsbruch zu unternehmen. Es herrschte Rat- und Hilflosigkeit. In den darauffolgenden Tagen und Wochen wurde verhandelt – zwischen den Besetzern, der KWK und den Behörden auf allen Ebenen. Unter welchen Bedingungen wären die Besetzer bereit, abzuziehen? Soll der Bauplatz mit Gewalt geräumt werden? Die Polizeikräfte des Kantons Aargau hätten dazu nicht ausgereicht, auch nicht mit Verstärkung aus anderen Kantonen. Muss die Armee aufgeboten werden? Obwohl er dezidiert für die Kernenergie eintrat, drohte **Bundesrat Willi Ritschard** für diesen Fall mit seinem Rücktritt.

Die Pattsituation dauerte bis in den Juni 1975. Nachdem die KWK in vielen Punkten auf Druck des Bundesrates hatte nachgeben müssen, so in Bezug auf den Baubeginn und die Umzäunung des Geländes, zogen die Besetzer am 14. Juni endlich ab. Sie hatten auf der ganzen Linie gewonnen – ausser, dass das Bauvorhaben (noch) nicht aufgegeben worden war.

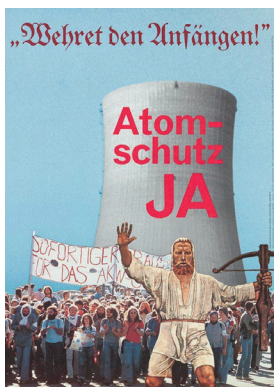
Während der zweiten Hälfte 1975 erreichte der Bundesrat dank einigen unglücklichen Zugeständnissen (keine Baubewilligung ohne Rücksprache mit den Gegnern) eine Beruhigung der Situation. Die Gegner verlegten sich auf legale Kampfmethoden und sammelten Unterschriften für eine Initiative zur «**Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen**». Am 20. Mai 1976 reichten sie diese mit 123779 gültigen Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein. Das Volksbegehren wurde vom «Nordwestschweizer Aktions-Komitee gegen Atomkraftwerke» (NWA) und der «Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst» (GAK) eingereicht. Es verlangte, dass die betroffene Bevölkerung

beim Bau von Kernkraftwerken mitbestimmen kann. Es war so formuliert, dass der Bau von Kernkraftwerken praktisch verunmöglicht worden wäre.

Der Bundesrat versuchte, der Initiative entgegenzutreten, indem er versprach, keine Kernkraftwerke «auf Vorrat» bauen zu lassen. Angesichts der grossen Zahl von Projekten irgendwie verständlich, obwohl sie dazu hätten dienen können, die Forderung der GEK nach «Substituieren» zu erfüllen. Das lief darauf hinaus, dass die Bauherren den Bedarf für ihre geplanten Kraftwerke nachweisen mussten. «Bedarfsnachweis» wurde zu einem Kampfbegriff. Ausserdem legte der Bundesrat eine Revision des bestehenden Atomgesetzes vor, die den Initianten etwas entgeginkam.

Den Verantwortlichen der KWK war bewusst, dass die Bevölkerung nicht wirklich wusste was ein Kernkraftwerk ist und warum man es benötigte. Sie bauten deshalb mit grossem Aufwand am Eingang des Geländes einen Informationspavillon, der auf grosses Interesse stiess. Die Störaktionen der Gegner hielten sich in Grenzen und gipfelten in der Anpflanzung von 200 Bäumen auf dem Baugelände. Das war schlau und eine Knacknuss für die KWK: Die Bäumchen sofort wegzuräumen hätte möglicherweise zu einem Tumult geführt, aber Zuwarten kam auch nicht in Frage. Möglicherweise hätten die angewachsenen Bäume bereits als Wald gegolten und es wäre wohl eine Rodungsbewilligung nötig geworden. Für einmal waren die «Atomköpfe» schlauer: Sie rückten ein Inserat in den lokalen Zeitungen ein: «Junge Bäume auf dem Gelände des KW Kaiseraugst gratis abzuholen». Nach wenigen Tagen waren die Bäume weg. Die Öffentlichkeit schmunzelte.

Das Schmunzeln hielt allerdings nicht lange an. Die Gegner spielten voll auf die Angst der Menschen, wie ihre Plakate zeigen:



Stellungnahmen vor der Abstimmung

Bundesrat	Ablehnung	
Nationalrat	31 Ja	110 Nein
Ständerat	2 Ja	33 Nein
Parteiparolen	Ja EVP, LdU, PdA, POCH, SD, SPS	Nein CVP, FDP, LPS, REP, SVP

Volk und Stände lehnten die Initiative am 18. Februar 1979 mit 51,2 Prozent Nein-Stimmen ab. Die Stimmbeteiligung lag bei 49,58 Prozent.

Noch in der darauffolgenden Nacht reagierten die Gegner – sie sprengten den Informationspavillon der KWK in die Luft. Nachdem weitere Anschläge auf die Baustelle in Gösgen und auf einen Hochspannungsmast der NOK eher einen Sympathieverlust für die Gegner der Kernenergie zur Folge hatten, änderten sie die Taktik: Sie versuchten die Exponenten der Nuklearindustrie durch persönlichen Terror zu verunsichern. Am 22. Mai 1979, zwischen 22 Uhr und Mitternacht, brannten über die ganze Schweiz verteilt, sechs Autos. Alle gehörten Personen mit verantwortlichen Positionen in der Stromwirtschaft.

Die «Erklärungen», welche die Presse zugespielt erhielt, liessen keinen Zweifel: Es ging um mehr als die Verhinderung der Kernenergie, es ging um den Umbau der Gesellschaft in sozialistischem Sinn. Der Kampf gegen die Kernenergie war nur ein Weg dahin. Es sollte nicht eine einmalige Erscheinung bleiben. Als sich die Exponenten der Stromwirtschaft auch durch Brandanschläge auf ihre Häuser nicht einschüchtern liessen, flaute der Terror um die Mitte des Jahres 1980 ab.

6. Die weiteren Initiativen: Argumente und Gegenargumente

Selbstverständlich hat sich die Kontroverse um die Kernenergie in der Folge auf die ganze Schweiz ausgedehnt. Immer wieder hatten die Kernkraftgegner Initiativen lanciert mit dem Ziel, das Atomprogramm der Schweiz zu stoppen. Sie erhielten Unterstützung von unerwarteter Seite.

Am 16. März 1979 feierte der Film «The China Syndrome» mit Jane Fonda, Jack Lemon und Michael Douglas in den Hauptrollen Premiere. Die Geschichte beginnt in einem Kernkraftwerk, wo eine gefährliche Situation offenbar knapp verhindert werden kann. Im weiteren Verlauf kommt ein Wissenschaftler zu Wort, der erklärt, wenn der Unfall eingetreten wäre, hätte sich der Reaktorkern so weit überhitzt, dass er sich durch die Schutzwand, das Gebäude und die Fundamente in den Boden geschmolzen hätte – «theoretisch bis nach China». Dabei wäre ein Gebiet von der Grösse Pennsylvanias permanent unbewohnbar geworden. Zwei Wochen später, am 28. März 1979, geschah ein solcher beinahe-Unfall tatsächlich: Bei Harrisburg, ausgerechnet in Pennsylvania! Im Kernkraftwerk **Three Mile Island** entstand durch eine Fehlmanipulation eine Situation, die derjenigen im Film unheimlich ähnlich war.

Eine Druckwelle im primären Kühlkreislauf beschädigte die Hauptpumpe, worauf sich der Reaktor automatisch abstellte. Wenn die Kettenreaktion aufhört, heisst das nicht, dass keine Energie mehr produziert wird. Bei der Spaltung eines Urankerns entstehen zwei neue Atomkerne, die zu viele Neutronen haben; deshalb sind sie radioaktiv. Sie zerfallen und produzieren dabei Energie. Viele zerfallen sehr rasch. Sekunden nach dem Abschalten produziert der Reaktor immer noch 10 Prozent seiner vollen Leistung, nach Stunden einige Prozent und nach einem Tag noch um 1 Prozent. Diese Energie – in der Fachsprache heisst das Nachzerfallswärme – muss abgeführt werden. Dafür haben alle Reaktoren mindestens zwei voneinander unabhängige Kühlsysteme. Das eine ging sofort in Betrieb und alles lief zunächst nach Plan. Da glaubte ein Operateur, dass zu viel Kühlwasser eingespeist werde und stellte die Kühlung ab. Während Stunden kämpfte man gegen einen vermeintlich zu hohen Wasserstand im Druckgefäss, während in Wirklichkeit das Gegenteil geschah: Das Wasser verdampfte und der Wasserstand sank so tief, dass die Brennstäbe aus dem Wasser ragten. Ihre heisse Zirkon-Hülle reagierte mit dem Wasserdampf und erzeugte Wasserstoff und die ungekühlten Stäbe wurden so heiss, dass sie schmolzen. Schliesslich erkannte man den Fehler und griff korrigierend ein. Die Berstscheiben im

Druckgefäss waren aber bereits geborsten und eine Mischung von Wasserdampf und Wasserstoffgas entwich ins Sicherheitsgebäude, das Containment. Lange fürchtete man, der Wasserstoff könnte explodieren.

Der Schaden blieb auf das Kraftwerk beschränkt; der Reaktor wurde zerstört, doch nach aussen gelangten nur unbedeutende Mengen gasförmiger radioaktiver Substanzen ohne gesundheitliche Folgen. Auch der gefürchtete Wasserstoff richtete keinen Schaden an. Ein Antiatomaktivist namens Ernest Sternglass behauptete zwar, dass die Kindersterblichkeit zugenommen habe, aber er blieb allein.

Der Unfall und seine Analyse führte zu verschiedenen Massnahmen, welche die Sicherheit der Kernkraftwerke verbesserten: Die Kommandoräume wurden übersichtlicher ausgelegt. Um einen drohenden Überdruck im Containment zu vermeiden, versah man es mit gefilterten Druckentlastungsventilen und allfällig entstehender Wasserstoff konnte von nun an katalytisch verbrannt werden mittels «Wasserstoffrekombinatoren». Leider geschah das nicht überall. Davon später.

Was wäre wohl geschehen, wenn die Abstimmung danach stattgefunden hätte?

Am 20. Mai 1979 hat das Volk den Bundesbeschluss zum Atomgesetz angenommen. Bundesrat und Parlament hatten es durch zwei Bestimmungen ergänzt: Eine Rahmenbewilligung wird nur erteilt, wenn der Bedarf für den zusätzlichen Strom nachgewiesen wird und wenn für die sichere Entsorgung der Nuklearabfälle Gewähr geboten ist. Auch die Stilllegung und der Abbruch ausgedienter Anlagen wurde geregelt.

Angesichts der anhaltenden Kontroversen über die Energiepolitik und der Empfehlung der GEK folgend, wollten Bundesrat und Parlament die Grundlage zu weiteren Entscheidungen in einem Verfassungsartikel verankern. So kam es 1983 zur Abstimmung über den Energieartikel. Der Artikel wurde von einer Mehrheit der Stimmenden angenommen – mit 50,9 Prozent ja, aber er hatte das Ständemehr verfehlt und wurde somit abgelehnt.

Der nächste Schlag folgte bald: Die Schweizerische Energiestiftung (SES) und weitere Umweltorganisationen sammelten Unterschriften für eine Volksinitiative, die in der Verfassung ein Verbot von weiteren AKW festschreiben wollte
«Für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke».

Stellungnahmen vor der Abstimmung

Bundesrat	Ablehnung	
Nationalrat	30 Ja	107 Nein
Ständerat	7 Ja	24 Nein
Parteirollen	Ja GPS, LdU, PdA, POCH, SD, SPS	Nein CVP, EVP, FDP, LPS, REP, SVP

Am 23. September 1984 lehnten Volk und Stände die Initiative mit 54,97 Prozent Nein ab. Die Stimmbeteiligung betrug 41,6 Prozent.

Auch die Energieinitiative «Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung», welche die Grundlage für Energie-Lenkungsabgaben schaffen wollte, fiel mit 54,23 Prozent Nein durch, bei einer Stimmbeteiligung von 41,62 Prozent.

Stellungnahmen vor der Abstimmung

Nationalrat	49 Ja	95 Nein
Ständerat	7 Ja	24 Nein
Parteirollen	Ja EVP, GPS, LdU, PdA, POCH, SD, SPS	Nein CVP, FDP, LPS, REP, SVP

Beide Seiten führten einen emotionalen Abstimmungskampf. Einige Beispiele:



Tschernobyl

In der Nähe der ukrainischen Stadt Tschernobyl standen anfangs der 1980er Jahre vier Reaktoren des Typs RBMK (Реактор Большой Мощности Канальный – etwa «Kanalreaktor grosser Leistung»). Dieser Reaktortyp war ursprünglich als Plutoniumfabrik konzipiert. Man konnte einzelne Brennstäbe während des Volllastbetriebs auswechseln, was die Gewinnung von Bombenplutonium ermöglicht.

Der Unfall in den ersten Stunden des 26. April 1986 ereignete sich während eines auf unverantwortliche Weise durchgeführten Experiments. Aus Gründen, die zu verstehen einiges an Kenntnissen der Reaktorphysik voraussetzt, ereignete sich eine unkontrolliert wachsende Kettenreaktion, was zu einer heftigen Dampfexplosion führte. Diese schleuderte den 2000 Tonnen schweren Reaktordeckel in die Luft und er fiel um 90° gedreht stehend auf das Reaktorgebäude zurück. Grosse Teile des Reaktors wurden pulverisiert und der Grafit geriet in Brand. Eine Sicherheitshülle (Containment) gab es nicht. So stiegen die radioaktiven Spaltprodukte hoch in die Atmosphäre und verteilten sich über Westeuropa. Die Sowjetführung versuchte die Katastrophe zu verheimlichen, doch im schwedischen Kernkraftwerk Oskarshamn schellte der Alarm. Die Schweden suchten verzweifelt nach der Quelle der Radioaktivität. Schliesslich stellte sich heraus, dass der Fallout von aussen kam.

Unmittelbar an den Folgen des Unfalls starben 29 Personen. Als Folge der Jod-131 Inhalation entwickelten viele Kinder Schilddrüsenkrebs, der aber in den allermeisten Fällen geheilt werden konnte. Die von vielen erwartete Welle von Todesfällen unter den hunderttausenden von «Liquidatoren», die jeweils für kurze Zeit unter hoher Strahlenbelastung arbeiteten, traf nicht ein. Die Strahlungsdosen waren offenbar begrenzt genug. Auch in Europa blieben die Dosen weit unterhalb der Schädlichkeit. Die Millionen von Toten, von denen Greenpeace und SES phantasierten, beruhen auf Berechnungen mit der untauglichen «Linearen, kein Schwellenwert-Hypothese». Doch die Bevölkerung liess sich verängstigen und zu sinnlosen Handlungen verleiten. In Deutschland hat man Salatfelder umgepflügt und im Tessin Kaninchen notgeschlachtet. Wie viele Frauen wegen einer unbegründeten Angst vor Missbildungen ihre Schwangerschaft abgebrochen haben, wird man nie wissen.

Zu lernen gab es von dieser Katastrophe nichts. Der Reaktortyp war allzu verschieden von den im Rest der Welt üblichen. Ein RBMK wäre in keinem Land ausser der Sowjetunion zertifiziert worden. Der Schlachtruf «Tschernobyl ist überall», den die Gegner verbreiteten, entbehrt deshalb jeder Grundlage. Auch bei den Betriebsabläufen gab es nichts anzupassen, ausser der selbstverständlichen Einsicht, dass Betriebsvorschriften einzuhalten sind.

In der Schweiz reagierte die Politik nervös. Das Parlament versammelte sich vom 9. bis 11. Oktober 1986 zu einer Sondersession. Irene FFE hatten in vier Wochen Unterschriften für eine «Petition an die eidgenössischen Räte betreffend Konsequenzen aus dem Unfall in Tschernobyl auf die Schweizerische



Energiepolitik» gesammelt. Am 8. Oktober 1986 reichten sie der Bundeskanzlei 21011 Unterschriften ein, begleitet von einer kleinen Demo. Die Petition warnte vor einem drohenden «Einstieg in den Ausstieg» und damit vor einer unsicheren Stromversorgung.

Das wichtigste Ergebnis der Sondersession war die Einsetzung einer «Expertengruppe Energieszenarien» (**EGES**). Sie sollte die Auswirkungen verschiedener Szenarien – insbesondere von Atom-Ausstiegsszenarien – auf die Volkswirtschaft, die Umwelt und weitere Lebensbereiche untersuchen. Die Zusammensetzung erstaunte. Als Vorsitzenden hat man den Vizedirektor des damaligen Bundesamts für Energiewirtschaft, Hans-Luzius Schmid bestimmt. Weiter gehörten dazu: Zwei weitere Chefbeamte, ein Architekt, ein Geobotaniker, zwei Wirtschaftsprofessoren, zwei Energieprofessoren und zwei Historiker. Die Arbeit verlief alles andere als harmonisch. Ständig wurden den Medien Zwischenentscheide zugespielt und drei Mitglieder (die beiden Wirtschaftsprofessoren und einer der Energieprofessoren) verliessen die Kommission im Lauf der Arbeit unter Protest. Die Fronten waren offenbar klar: entweder ist man für den Atomausstieg oder man ist dagegen. Der Schlussbericht erschien im Februar 1988 in Form eines über 500 Seiten dicken Buchs im A4-Format. Man kann die Schlussfolgerungen zusammenfassen mit der Feststellung «Der Atomausstieg ist möglich». Die Frage ist wie? Schon in diesem Bericht steht die Forderung nach Subventionen für die neuen Erneuerbaren.

Nicht nur das Parlament, auch die SP reagierte auf den Unfall von Tschernobyl. Sie reichte zusammen mit 36 Organisationen die Initiative «**Für den Ausstieg aus der Atomenergie**» mit 105812 Unterschriften ein.

Stellungnahmen vor der Abstimmung

Bundesrat	Ablehnung	
Nationalrat	52 Ja	85 Nein
Ständerat	5 Ja	39 Nein
Parteiiparolen	Ja EVP, GPS, LdU, PdA, POCH, SD, SPS	Nein CVP, EDU, FDP, FPS, LPS, SVP

Die Abstimmung am 23. September 1990 war dann allerdings weniger eindeutig: die Stimmberechtigten sagten mit 52,87 Prozent Nein zur Initiative. «Für den Ausstieg aus der Atomenergie». Die Stimmbeteiligung lag bei 40,42 Prozent.

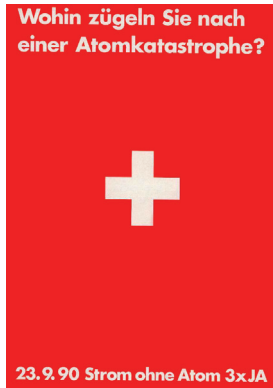
Die Initiative richtete sich eigentlich gegen das Projekt Kaiseraugst, obwohl dieses 1988 zurückgezogen wurden – nicht zuletzt unter dem Schock von Tschernobyl. Der damalige Direktor des BFE, **Eduard Kiener**, ist jedenfalls überzeugt: ohne Tschernobyl wäre Kaiseraugst schliesslich gebaut worden.

Einige Beispiele aus der Kampagne:



Ein neues Stück Lebensqualität verbindet mit unserer selbstgenügsamen Energie. Die Schweizerische Eidgenossenschaft kann dank der fortschrittlichen Schmelzreaktor-Technologie die nächsten 200 Jahre ohne Atomkraftwerke auskommen. Wer sich ein Leben ohne Atomkraftwerke vorstellen möchte, muss sich zuerst ein Leben ohne Strom vorstellen.

STROM FÜR DAS GANZE LEBEN.



23. 9. 90 Strom ohne Atom 3x JA

Am gleichen 23. September 1990 stimmte die Schweiz auch über die von der NWA und 200 weiteren Organisationen lancierte Initiative «**Stopp dem Atomkraftwerk-bau (Moratorium)**» ab, die mit 135321 Unterschriften zustande gekommen war. Diese wollte ein 10jähriges Verbot für Planung und Bau von neuen Kernkraftwerken, in der Verfassung verankert haben.

Stellungnahmen vor der Abstimmung

Bundesrat	Ablehnung	
Nationalrat	59 Ja	85 Nein
Ständerat	7 Ja	33 Nein
Parteiparolen	Ja EVP, GPS, LdU, PdA, POCH, SD, SPS	Nein CVP, EDU, FDP, FPS, LPS, SVP

Die «Moratoriums-Initiative» erzielte 54,52 Prozent Ja-Stimmen. Auch eine Mehrheit der Stände stimmten zu. Die Stimmbeteiligung betrug 40,44 Prozent.

Damit hatte das Stimmvolk die Grundsatzentscheidung für Kernkraftwerke auf später verschoben. Auf dem «Minenfeld der Glaubenskriege» hatten Gegner und Befürworter einen scharfen, emotionalen Abstimmungskampf geführt. Das Unverständnis für die Standpunkte der jeweils anderen Seite war in langen Jahren politischer Grundsatzdebatten kultiviert worden und zwar völlig unabhängig vom sachlichen Gehalt der Argumente und der daraus abzuleitenden Notwendigkeit, sich im gemeinsamen Gespräch um eine Verständigung über die komplexen Sachverhalte zu bemühen.

Die Stimmbürger sahen sich angesichts der holzschnittartigen Schwarz-Weiss-Debatte überfordert und hielten sich konsequenterweise an den Weg, der die scheinbar geringsten Übel bereithielt: sie wollten nicht auf die 40 Prozent Strom aus den Schweizer Kernkraftwerken verzichten, wollten aber vorderhand keine neuen Atomkraftwerke.

Ebenfalls am 23. September 1990 wurde über das obligatorische Referendum zum **«Bundesbeschluss über den Energieartikel in der Bundesverfassung»** abgestimmt. Alle Kantone haben diesmal zugestimmt bei einer Stimmbeteiligung von 40,34 Prozent. Der Energieartikel wurde mit 71,1 Prozent hoch angenommen. Er will eine ausreichende, sichere, breitgefächerte, wirtschaftliche und umweltgerechte Energieversorgung, den sparsamen Gebrauch ermöglichen und die erneuerbaren Energien fördern (Art 89 BV).

Wasserkraftabstimmungen

Über das von den Kleinwasserkraftwerkbesitzern ergriffene Referendum gegen das **«Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer»** wurde am 17. Mai 1992 abgestimmt zusammen mit der vom Schweizerischen Beobachter lancierten Volksinitiative **«zur Rettung unserer Gewässer»**.

Stellungnahmen vor der Abstimmung

Bundesrat	Annahme	
Nationalrat	140 Ja	3 Nein
Ständerat	26 Ja	0 Nein
Parteirollen	Ja CVP, EDU, EVP, GPS, LdU, PdA, SD, SPS, SVP	Nein FDP, FPS, Lega, LPS

Das Gewässerschutzgesetz (GSchG) wurde mit **66,08 Prozent** angenommen. Stimmbeteiligung: **39,21 Prozent**.

Stellungnahmen vor der Abstimmung

Bundesrat	Ablehnung	
Nationalrat	69 Ja	79 Nein
Ständerat	2 Ja	37 Nein
Parteirollen	Ja EVP, GPS, LdU, PdA, SD, SPS	Nein CVP, EDU, FDP, FPS, Lega, LPS, SVP

Die Volksinitiative **«zur Rettung unserer Gewässer»** wurde mit **62,94 Prozent** abgelehnt. Stimmbeteiligung **39,2 Prozent**.

Energiefrieden

Aufgrund der klaren Annahme des Energieartikels rief der damalige Energieminister Adolf Ogi den «Energiefrieden» aus und das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) startete das Programm «Energie 2000». Damit beabsichtigte der Bundesrat, die energiepolitischen Akteure zur Mitverantwortung für die Gestaltung der schweizerischen Energiezu-

kunft mit Blick auf das Jahr 2000 und das dannzumal ablaufende Kernenergie-moratorium zu motivieren.

Das Programm «Energie 2000» hatte sich fünf ehrgeizige Ziele gesetzt:

- Der Verbrauch von fossilen Energien sowie der CO₂-Emissionen soll bis zum Jahre 2000 auf dem Niveau von 1990 stabilisiert und anschliessend reduziert werden.
- Zunehmende Senkung der Wachstumsrate des Stromverbrauchs während der 90er Jahre und eine Stabilisierung der Strom-Nachfrage ab 2000.
- Zusätzliche Beiträge sollen von den erneuerbaren Energien kommen: 0,5 Prozent zur Strom- und 3 Prozent Wärmeerzeugung.
- Ausbau der Wasserkraft um 5 Prozent.
- Erhöhung der Leistung der bestehenden Kernkraftwerke um 10 Prozent.

Die Erfahrungen mit Volksentscheiden über komplexe Sachfragen und die daraus resultierende Überforderung der Stimmbürger legten es nahe, nach neuen Zugängen zu den konfliktbeladenen Themen zu suchen.

Im Jahr 1963 hatte der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) erstmals einen Planungsbericht erstellt, damals zur Eingliederung der ersten Kernkraftwerke in das schweizerische Energiesystem. Solche Planungsberichte erstellte man in der Folge alle sieben bis zehn Jahre, die sogenannten «10 Werke Berichte». Es gab deren sieben. Sie dienten den Werken zur Planung der benötigten Infrastruktur, der Transport- und Verteilleitungen sowie der Kraftwerke. Man schätzte die Entwicklung der Wirtschaft und leitete daraus den wahrscheinlichen Bedarf an elektrischer Energie ab. Dabei hat man als Grundlage angenommen, dass das Angebot so sein müsse, dass höchstens in jedem zwanzigsten Winter Stromimporte nötig sein würden. Die Treffsicherheit der Berichte war immer erstaunlich.

Im Jahr 1995 wäre der nächste «10 Werke Bericht» fällig gewesen. Die Verantwortlichen im VSE kamen aber zum Schluss, dass die Zeit der Planung am Schreibtisch vorbei sei und die Bedürfnisse der Kunden bekannt sein müssten. Sie beschlossen, den Dialog zu suchen.

Sie identifizierten verschiedene Gruppen von Interessierten und luden sie zu Gesprächen ein – ausdrücklich um zuzuhören. Als Diskussionsgrundlage erarbeitete der Verband eine «Vorschau» auf das Jahr 2030. Dazu hat er untersucht «wieviel elektrische Energie können wir wann produzieren oder einkaufen?» und «Wie stellen wir uns die Nachfrage vor». Mit diesen Vorstellungen in der Hand stellten sich die Verantwortlichen des VSE dem Gespräch mit verschiedenen

Wirtschaftszweigen, Politikern, Lehrpersonen, Umweltaktivisten und Parteien. Irene war zu dieser Zeit Verantwortliche für Kommunikation im VSE und in den Dialogprozess stark involviert. Aus dem reichen Schatz an gewonnenen Erkenntnissen seien einige zentrale Beobachtungen ausgewählt:

Die Wirtschaft erwartete damals eine stagnierende oder gar rückläufige Entwicklung. Allerdings war ihr ein Ausblick bis 2030 fremd. Was zählte, war ein tiefer Strompreis. Versorgungssicherheit ist nicht für alle gleich wichtig. Wichtig ist allerdings, dass es schweizerische Lösungen sind. Das war auch das zentrale Anliegen der Politik. Damit endeten die Gemeinsamkeiten. Während auf bürgerlicher Seite ein Ausbau der Produktionskapazität begrüsst wurde, wollte die Linke die Nachfrage mit Lenkungsabgaben dämpfen.

Erhellend war der Dialog mit den Umweltorganisationen. Das Bild war erstaunlich gemischt und sie verfolgen nicht alle die gleichen Ziele. Einigen wird die Strategie von einer internationalen Zentrale vorgegeben. Andere zeigten kein Interesse an einem offenen Dialog. So hat Greenpeace drei Einladungen zum Dialog abgelehnt.

Insgesamt fiel das Echo auf den Dialog positiv aus. So positiv, dass der Vorsteher des damaligen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement, Bundesrat Moritz Leuenberger, seinerseits einen «Energiedialog» lancierte. Im Gegensatz zum VSE-Dialog waren im «Leuenberger-Dialog» die Medien dabei, mit dem Ergebnis, dass sich vorzeitige, unautorisierte Publikationen störend auf den Ablauf auswirkten. Auch hier zeigte sich die Unlust bestimmter Gruppen zu einem offenen Dialog. Das Resultat beider Dialoge zeigte Möglichkeiten der Übereinstimmung in vielen Punkten. Allerdings zeigte sich auch, dass die Standpunkte in zwei Fragen unvereinbar blieben: Bei den Lenkungsabgaben und der Zukunft der Kernenergie.

In dieser Situation entschloss sich der VSE zu einem unerwarteten Entgegenkommen: Er schlug vor, dass bundesrechtliche Rahmenbewilligungen für zukünftige Kernkraftwerke dem fakultativen Referendum zu unterstellen seien. Damit war eigentlich das weitere Vorgehen nach dem Ablauf des Moratoriums im Jahr 2000 geklärt. Trotzdem kündeten die fundamentalistischen Kernkraftgegner eine weitere Initiative an.

Dazwischen fanden einige untergeordnete Abstimmungskämpfe statt, die man wohl als Scharmützel bezeichnen kann:

Am 24. September 2000 stimmte das Volk über die vom Förderverein Energie-Umwelt- und Solar-Initiativen lancierte Initiative «Für einen Solarrappen» ab. Stellungnahmen vor der Abstimmung

Bundesrat	Ablehnung	
Nationalrat	63 Ja	125 Nein
Ständerat	10 Ja	30 Nein
Parteiiparolen	Ja CSP, EVP, GPS, PdA, SD, SPS	Nein CVP, EDU, FDP, FPS, Lega, LPS, SVP

Die «Solar-Initiative» wurde mit 68,18 Prozent Nein abgelehnt
Die Stimmbeteiligung betrug 44,7 Prozent

Am 22. September 2002 fand die Abstimmung über das vom Verband des Personals öffentlicher Dienste, von Jungsozialisten und Linken der Westschweiz ergriffene Referendum gegen das «Elektrizitätsmarktgesetz» (EMG) statt. Stellungnahmen vor der Abstimmung

Bundesrat	Annahme	
Nationalrat	160 Ja	24 Nein
Ständerat	36 Ja	2 Nein
Parteiiparolen	Ja CVP, EDU, EVP, FDP, FPS, LPS, SVP	Nein CSP, GPS, Lega, PdA, SD, SPS

Trotz der klaren Empfehlungen der bürgerlichen Parteien fand das «Elektrizitätsmarktgesetz» keine Gnade vor dem Volk. Es stimmte mit 52,58 Prozent Nein. Stimmbeteiligung: 44,8 Prozent.



Am 18. Mai 2003 hatten wir nochmals über zwei Atom-Initiativen abzustimmen. Rund 30 Umweltorganisationen, die Sozialdemokratische Partei und die Grüne Partei der Schweiz hatten die angekündigte Volksinitiative **«Strom ohne Atom – Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke»** lanciert. Diese forderte ein konkretes Abschaltdatum für alle Schweizer AKWs. Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg sollten spätestens 2005 vom Netz gehen, Gösgen 2009 und Leibstadt 2014.

Die Empfehlungen für die Initiative «Strom ohne Atom» lauteten wie folgt:

Bundesrat	Ablehnung	
Nationalrat	63 Ja	108 Nein
Ständerat	5 Ja	36 Nein
Parteirollen	Ja CSP, EVP, GPS, PdA, SD, SPS	Nein CVP, EDU, FDP, FPS, Lega, LPS, SVP

Die Initiative «Strom ohne Atom» wurde mit 66,29 Prozent Nein abgelehnt. Stimmbeteiligung 49,72 Prozent.



Ebenfalls am 18. Mai 2003 kam auch die Volksinitiative «**Moratorium Plus – Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos**» zur Abstimmung, welche vom Verein «Strom ohne Atom» (rund 30 Umweltorganisationen, Sozialdemokratische Partei, Grüne Partei der Schweiz) lanciert worden war. Diese wollte das AKW-Moratorium um 10 Jahre verlängern, obwohl das wegen den neuen Bestimmungen über Rahmenbewilligungen eigentlich hinfällig war. Das Volk hätte sich ohnehin über jede neue Rahmenbewilligungen aussprechen können.

Die Empfehlungen für die «Moratorium Plus-Initiative» lauteten wie folgt:

Bundesrat	Ablehnung	
Nationalrat	67 Ja	109 Nein
Ständerat	5 Ja	35 Nein
Parteirollen	Ja CSP, EVP, GPS, PdA, SD, SPS	Nein CVP, EDU, FDP, FPS, Lega, LPS, SVP

Die «Moratorium Plus-Initiative» wurde mit 58,40 Prozent Nein abgelehnt. Stimmbeteiligung 49,59 Prozent.

Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, wie die politische Landschaft in Bezug auf die Kernenergie aussah: Trotz unermüdlicher Propaganda mit teilweise falschen und irreführenden Behauptungen haben die Atomgegner alle vier Abstimmungen gegen die Kernenergie verloren. Ihr einziger Erfolg war die Verhinderung des KKW Kaiseraugst. Der Volkswille war also eigentlich klar. Ausserdem wären allfällige Neubauten vollständig in der Hand der Stimmbürger, dank der Möglichkeit des fakultativen Referendums gegen eine Rahmenbewilligung. Trotzdem setzte das Bundesamt für Energie unter dem neuen Direktor Walter Steinmann weiter auf die so genannten «neuen erneuerbaren Energien».

Im Rahmen des neuen Stromversorgungsgesetzes (Strom VG) ergab sich dazu eine Gelegenheit. Das Gesetz räumte den erneuerbaren Energien eine prominente Rolle ein und schaffte einen Mechanismus, sie zu «fördern» – also zu subventionieren. Alle Stromkonsumenten – ausser die Grossverbraucher – sollten 0,6 Rappen pro kWh in einen Fonds bezahlen, aus dem die Betreiber von solchen Anlagen eine Einspeisevergütung erhalten. Mit anderen Worten: Wer für teures Geld eine Photovoltaikanlage oder ein Windrad in Betrieb nimmt, muss sich keine Sorgen machen – der Bund bezahlt das Defizit. Die ersten Besitzer von

PV-Anlagen erhielten bis zu 86 Rappen pro kWh! Im gleichen Gesetz ist auch die «Nationale Netzgesellschaft» (Swissgrid) definiert, welche das gesamte Übertragungsnetz von den bisherigen Eigentümern zu übernehmen hatte. Es schuf ebenfalls ein zugehöriges Aufsichtsgremium, die «Elektrizitätskommission» (El-Com). Sie ist verpflichtet, dem Bundesrat Massnahmen vorzuschlagen, wenn die sichere Stromversorgung auf längere Sicht gefährdet erscheint. Sie ist vom Bundesrat unabhängig und hat ein Weisungsrecht gegenüber dem Bundesamt für Energie. Der erste Präsident war der ehemalige CVP-Präsident Carlo Schmid, eine geschickte Wahl Leuthards. Der Parteifreund weigerte sich später standhaft, vor der drohenden Stromlücke zu warnen, obwohl er dazu eigentlich verpflichtet war. Das Stromversorgungsgesetz passierte die Schlussabstimmungen am 23. März 2007. Ab 1. Januar 2009 durften die ersten Besitzer von Solaranlagen ihre Entschädigungen entgegennehmen. Sie hiessen jetzt kostendeckende Einspeisevergütungen (KEV).

Fukushima

Am 11. März 2011 erschütterte ein gewaltiges Erdbeben der Magnitude 8,9 den Norden Japans. Gebäude, Brücken und Strommasten stürzten ein. Im Bereich des Erdbebens befanden sich die vier Kernkraftwerksparks Onagawa, Fukushima Dai-ichi, Fukushima Dai-ni und Tokai Dai-ni mit insgesamt 16 Kernreaktoren, die sich alle – sofern sie in Betrieb waren – sofort automatisch abstellten. Die Kühlsysteme zur Abfuhr der Nachzerfallwärme gingen problemlos in Betrieb. Allerdings benötigten sie Strom aus den Notstromgeneratoren, weil die Versorgung vom Stromnetz ausgefallen war, ausser bei Fukushima Dai-ni, das noch über eine rudimentäre Stromversorgung verfügte.

Das ging 40 Minuten lang gut, dann traf der Tsunami die Küste. Onagawa lag hoch genug über dem Meeresspiegel, sodass der Tsunami es nicht erreichte. Fukushima Dai-ichi hingegen traf es voll. Von den 6 Reaktoren waren drei in Betrieb. Die Notstromgeneratoren und die Reservebatterien der Reaktoren 1 bis 3 standen unter Wasser. Ihr Standort war der Keller unter der Turbinenhalle – ungeschützt unter Meeresebene!

Damit nahm das Unheil seinen Lauf. Zwar gab es eine Möglichkeit, die Notkühlung ohne Strom eine Zeitlang aufrecht zu erhalten, aber es war eine Frage von Stunden, bis der Wasserstand im Druckgefäss soweit abgesunken sein würde, dass die Brennstäbe trocken lagen. Im Unterschied zu Three Mile Island war das Containment klein und als die Berstscheiben im Reaktor 1 nachgaben, stieg der Druck im Containment beängstigend an. Es füllte sich mit Wasserdampf und Wasserstoff. Es musste dringend ein Entlastungsventil geöffnet

werden. Aber das konnte nur der Premierminister entscheiden, denn gefilterte Druckentlastungs-Ventile hatte man aus Spargründen nicht eingebaut, im Gegensatz zu den Reaktoren in der Schweiz. Auch Wasserstoff-Rekombinatoren gab es keine. Als die Schweizerfirma Elektrowatt der Betreiberfirma Tepco nach den Erfahrungen mit Three Mile Island solche offeriert hatte, erhielt sie den Bescheid nein, das sei in Japan nicht nötig.

Am zweiten Tag der Katastrophe war es endlich gelungen, eine Stromleitung von der intakten Notstromgruppe des Reaktors 4 zum Reaktor 1 zu legen. Beim Versuch, die Leitung anzuschliessen, flog das Dach des Gebäudes in einer gewaltigen Knallgasexplosion in die Luft – Wasserstoffrekombinatoren gab es ja keine. Die herunterfallenden Trümmer zerstörten die Leitung. Damit wurde die Kernschmelze unabwendbar. Das gleiche wiederholte sich in den Reaktoren 2 und 3.

Die Menge der freigesetzten Spaltprodukte war erheblich, aber doch klein genug, dass eine Evakuierung in dem Ausmass wie sie durchgeführt wurde, unnötig gewesen wäre. Niemand ist in Fukushima durch Strahlung geschädigt worden, trotz einem dreifachen GAU am gleichen Ort und innerhalb von Tagen. Die einzigen Opfer waren die über tausend Personen, welche die Evakuierung nicht überlebt haben.

Für uns besonders interessant war die mediale Aufbereitung dieses Ereignisses. Wir waren damals in Florida und liessen uns von den amerikanischen Medien orientieren. Daneben nutzten wir das Internet, um die Tagesschau und andere Nachrichtensendungen aus der Schweiz zu empfangen. Der Unterschied war riesig. Während die Berichterstattung in den USA wohlthuend sachlich war, überboten sich die Medien in der Schweiz mit Katastrophenszenarien. Ganz Japan schien gefährdet, radioaktiv verseucht zu werden.

7. Schicksalsjahr 2011

Wir müssen uns die politische Situation in der Schweiz in diesem Jahr vergegenwärtigen. Das Jahr 2011 war ein Wahljahr. Dramatische Umbrüche sind bei eidgenössischen Wahlen selten. In diesem Jahr gab es eine einzige spannende Situation: Würde die CVP, die seit Jahren eine schwindende Wählerbasis hinnehmen musste, weiter abrutschen und wie dramatisch? Die Chefin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation war seit 2010 Doris Leuthard, die einzige Vertreterin der CVP im Bundesrat und ehemalige Parteichefin.

Sie hatte zwei Probleme:

Allgemein erwartete man, dass die Grüne Partei und eventuell die vor nicht allzu langer Zeit gegründeten Grünliberalen, zulegen würden – auf Kosten der CVP? Das könnte der CVP im Extremfall den Bundesratssitz kosten, ihren Sitz!

Zweitens hatte sie drei heisse Dossiers auf dem Tisch: Die Axpo, die Alpiq und die BKW hatten 2008 je ein Gesuch für eine Rahmenbewilligung für ein neues Kernkraftwerk eingereicht. Es war klar, dass im Moment nur eines in Frage kam – aber welches? Diese Frage lag ihr offenbar besonders auf dem Magen. Insider erinnern sich, dass sie bereits im Januar 2011, also vor Fukushima an einer Fraktionssitzung der CVP den Atomausstieg zur Sprache bringen wollte. So kam das Unglück von Fukushima für sie wie gerufen. Alle drei Gesuche von Alpiq, Axpo und BKW für Rahmenbewilligungen hatte BR Leuthard bereits am 14. März 2011, also 3 Tage nach dem Unglück, sistiert. Wie schon 1973 war auch 2008 das Fuder überladen, weil sich die 3 Stromunternehmen nicht auf ein einziges, gemeinsames Projekt einigen konnten.

Die gewiefte Taktikerin Leuthard sah ihre grosse Chance: Sie, die frühere Verwaltungsrätin der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg (EGL) und ehemaliges Vorstandsmitglied der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) würde den Atomausstieg fordern und den Grünen das Thema wegnehmen. Angela Merkel in Deutschland – in Grundsatzfragen ebenso flexibel wie Leuthard – hatte es vorgemacht. Schnell bestellte sie bei der Prognos AG eine passende Studie.

Als weiteren Schritt bestellte Doris Leuthard bei ihrem Parteikollegen, Nationalrat Roberto Schmidt, eine Motion «Schrittweiser Ausstieg aus der Atomenergie», eingereicht am 14. April 2011.

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten, um die Gesetzgebung wie folgt anzupassen:

- 1. Es dürfen keine Rahmenbewilligungen zum Bau neuer Kernkraftwerke erteilt werden.*
- 2. Kernkraftwerke, die den Sicherheitsvorschriften nicht mehr entsprechen, sind unverzüglich stillzulegen.*
- 3. Kernkraftwerke, die den Sicherheitsvorschriften noch entsprechen, dürfen noch weiter betrieben werden und werden gestaffelt stillgelegt. Der Zeitpunkt der Stilllegung wird im Gesetz unter Berücksichtigung des Strombedarfs und der Möglichkeiten alternativer Energiequellen festgelegt.*
- 4. Die Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz wird ziel führend verstärkt.*
- 5. Es werden Strategien unterbreitet, um den künftigen Strombedarf ohne Atomenergie und durch eine vom Ausland möglichst unabhängige Stromversorgung sicherzustellen, ohne den Wirtschaftsstandort Schweiz zu gefährden.*

Begründung:

Spätestens seit der Katastrophe von Fukushima ist offensichtlich, dass die Atomenergie keine Energie der Zukunft sein darf. Eine höhere Energieeffizienz, die bessere Nutzung der erneuerbaren Energien und alternative Formen der Energiegewinnung müssen einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie und eine möglichst grosse Versorgung aus erneuerbaren Energien ermöglichen.

Für potenzielle Investoren von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien ist es jetzt sehr wichtig, dass die politischen Behörden den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie beschliessen. Nur so verfügen die Akteure auf dem Energiemarkt, die Unternehmen und die Privaten über klare Vorgaben und Rahmenbedingungen, um gezielt in die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien zu investieren.

Ohne dieses klare Bekenntnis zum schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie läuft die Schweiz Gefahr, dass die notwendigen Investitionen in die Energieeffizienz, in die erneuerbaren Energien und in die Energieversorgungssicherheit nicht rechtzeitig und nicht genügend konsequent erfolgen.

Ebenso wichtig ist es, dass im Hinblick auf den vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz viel stärker gefördert werden (zusätzliche Fördergelder, Vereinfachung der Verfahren usw.).

Mit dieser Motion wollte sie offenbar das politische Gelände erkunden und die Stimmung beeinflussen. Unüblich schnell, nämlich bereits am 25. Mai 2011, behandelte und beantwortete der Bundesrat die Motion Schmidt.

Der Bundesrat, damals bestehend aus drei Männern (Maurer, Schneider-Ammann, Burkhalter) und vier Frauen (Calmy-Rey, Sommaruga, Widmer-Schlumpf, Leuthard), beantwortete die Motion Schmidt positiv – mit Ausnahme von Punkt 3 – und segnete damit Leuthards Projekt ab. Damit wurde der vier Mal geäußerte Volkswille – letztmals mit einer zweidrittel-Mehrheit – für die Weiternutzung der Kernenergie missachtet. Zudem hatte das Stimmvolk im Kanton Bern am 13. Februar 2011 in einer Konsultativabstimmung bei einer Stimmbeteiligung von 51,7 Prozent mit 51,2 Prozent knapp JA gesagt zu einem neuen Kernkraftwerk in Mühleberg.

Statt wie üblich die Ergebnisse der Bundesratssitzung mit einer Pressemitteilung bekannt zu machen, kündigte der Bundesrat für den Nachmittag eine Pressekonferenz an.

Dort entwickelte BR Leuthard das, was sie als «Energierategie 2050» bezeichnete. Die Schweiz werde die Kernkraftwerke sukzessive ausser Betrieb nehmen. Neue sollten nicht mehr gebaut werden dürfen, denn, meinte sie «Wenn in einem hochtechnologisch fortschrittlichen Land wie Japan eine solche Katastrophe passieren kann, dann kann sie überall passieren». Da war sie wieder, die «Tschernobyl ist überall»-Logik. Dabei wusste man zu diesem Zeitpunkt noch wenig über die Einzelheiten des Unglücks in Japan. Dass offenbar schwere Auslegungsfehler und mangelnde Nachrüstung mitverantwortlich waren, war aber rasch klar. Heute wissen wir: Wäre das baugleiche, aber immer wieder nachgerüstete Kernkraftwerk Mühleberg an Stelle von Block 1 von Fukushima gestanden, wäre nichts passiert. Die gebunkerten und erhöht platzierten Notstromdiesel wären weitergelaufen und die gefilterten Druckentlastungs-Ventile und die Wasserstoff-Rekombinatoren wären kaum nötig gewesen.

Wie konnte es soweit kommen? Wie konnte «Atom Doris» plötzlich gegen Kernkraftwerke sein? Als die Bundesversammlung sie 2006 in den Bundesrat wählte, übernahm sie zunächst das Volkswirtschaftsdepartement. Nach dem Rücktritt von Moritz Leuenberger wurde sie 2010 Vorsteherin des UVEK, des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation. Zu ihrem neuen Reich gehörte das BFE, das Bundesamt für Energie. Der noch von Moritz Leuenberger eingesetzte Amtsdirektor, Walter Steinmann, hatte nie ein Hehl aus seiner Abneigung gegen die Kernenergie gemacht und die Erinnerung an seinen – der Kernenergie wohlgesinnten – Vorgänger Eduard Kiener war inzwischen

verblasst. Die neue Chefin passte sich ihrer neuen Umgebung an und eben: Der Atomausstieg war wohl in der Schweiz ebenso populär wie in Deutschland, wo Merkels CDU tatsächlich auf Kosten der Grünen Stimmen gewonnen hatte. Dagegen ist Leuthards Wahltaktik nicht aufgegangen. Für die CVP setzte es bei den Wahlen 2011 erneut eine Niederlage ab. In ihrem Heimatkanton Aargau war es gar ein Desaster. Die CVP verlor dort zwei der drei Sitze. Aber sie konnte nicht mehr zurück. Sie musste das gescheiterte wahltaktische Spiel weiterspielen, wollte sie nicht das Gesicht verlieren.

Mit dem Abschalten der Kernkraftwerke entsteht natürlich ein Problem: Es fehlen jedes Jahr 24 Milliarden Kilowattstunden Strom. Woher sollen die kommen? Natürlich aus «erneuerbaren» Quellen: Photovoltaik, Wind, Biomasse und Geothermie, insgesamt 11,4 Milliarden kWh bis 2035. Weil das nicht reicht, ist Sparen angesagt – 13 Prozent weniger Strom soll bis 2035 verbraucht werden. Und da wir gerade beim Sparen sind, reduzieren wir auch den übrigen Energiebedarf um 43 Prozent.

Der «übrige Energiebedarf», das sind drei Viertel des Gesamtenergiebedarfs. Weil dieser fast ausschliesslich aus fossilen Quellen stammt, ist es durchaus angebracht, ihn zu senken. Allerdings braucht es dazu Strom für Wärmepumpen, Elektromobile und die Herstellung von Wasserstoff. Die Vorgabe war also in sich schon widersprüchlich.

Ebenso unsinnig ist die Vorstellung, man könne die kontinuierlich produzierenden Kernkraftwerke durch fluktuierende Stromquellen wie Wind und Sonne ersetzen. Auch die vorgesehenen Mengen sind utopisch. In der Schweiz weht kaum Wind, ein Holzkraftwerk ist das ökologische Analog zu Brandrodung und geothermische Kraftwerke gibt es nur in Vulkangebieten wie beispielsweise in Island. Bleibt also Photovoltaik. Um damit im Jahr 11 Milliarden kWh zu erzeugen, braucht es um die 70 Quadratkilometer Photozellen, eine Fläche so gross wie der Zürichsee.

Wir haben alle angenommen, dass eine solch unausgegorene und widersprüchliche Vorlage niemals den parlamentarischen Prozess überleben würde. Wir haben die Gerissenheit von Doris Leuthard und die Käuflichkeit der Politiker unterschätzt.

Es hätte allerdings Warnungen gegeben. Schliesslich hatten die Räte 2007 bei der Beratung des Stromversorgungsgesetzes die fragwürdige Idee, der «Kostendeckenden Einspeisevergütung» abgesegnet. Diese hat man 2009 sogar noch ausgebaut, die Abgabe pro kWh auf 0,9 Rappen erhöht und das während

25 Jahren. Dieser Entscheid sah ja noch harmlos aus und konnte als lässliches Versehen durchgehen, aber er zeigt, wie wenig Köder es braucht, um eine «Torheit» zu beschliessen.

Schon am 8. Juni 2011 behandelte der Nationalrat die Motion Schmidt: Die Punkte 1, 2, 4 und 5 wurden angenommen; Punkt 3 hat der Motionär auf Wunsch des Bundesrats zurückgezogen. Zum ersten Mal zeigten sich die Fronten der kommenden Auseinandersetzung: Weil ein grosser Teil der CVP sich von «ihrer» Bundesrätin hatte unter Druck setzen lassen, reichte die bürgerliche Ratsmehrheit nicht, um die Motion abzulehnen. Mit dieser Verschiebung der Machtverhältnisse hatte Leuthard freie Bahn.

Selbstverständlich blieben kritische Stimmen nicht aus. Zwei Kritikpunkte stachen heraus: Die zu erwartenden hohen Kosten und die Unzuverlässigkeit der fluktuierenden «neuen erneuerbaren Energien». **Um den Kritikern entgegenzutreten führte das «Energy Science Center» der ETH am 2. September 2011 in Zürich eine Energietagung durch.**

Referenten waren die ETH-Professoren Konstantinos Boulouchos, Göran Andersson und Lucas Bretschger.

Konstantinos Boulouchos ist Professor für Verbrennungsmotoren und Vorsteher des «Energy Science Center» der ETH. Boulouchos referierte zum Thema **«Energiezukunft Schweiz – Handlungsoptionen im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit, Klimawandel, Sicherheit und Risiko»**. Er sollte zeigen, wie man ohne Kernenergie auskommt. Er ging davon aus, dass nicht nur die Kernenergie sukzessive wegfallen wird, sondern dass auch der Verbrauch fossiler Energie bis 2050 von heute 5 auf 2 Tonnen CO₂ pro Kopf sinken müsse. Er machte das mit einem Bottom-up Ansatz: Man werde die neuen erneuerbaren Energien massiv ausbauen und sogar genug Strom haben, um Heizungen und den Verkehr zu dekarbonisieren. Das sei deshalb möglich, weil Photovoltaik und Speicher bald fast nichts mehr kosten würden. Allerdings wies er klar darauf hin, dass es dazu grosse Speicherkapazitäten brauchen werde. Obwohl er damit rechnete, dass fossile Heizenergie um drei Viertel und der fossile Antrieb im Verkehr um fast die Hälfte zurückgehen würden, rechnete er dank Sparanstrengungen und Effizienzmassnahmen mit einer Steigerung des Strombedarfs um bloss 30 Prozent bis 2050 auf 80 Milliarden kWh im Jahr. Weil die fossilen Importe stark zurückgingen und der Import von Uran ganz wegfallen spare man erst noch schön Geld. Die trotz massivem Ausbau von Photovoltaik, Wind und Geothermie fehlenden fast 10 Milliarden kWh im Jahr sollen mit Kombi-Gaskraftwerken produziert werden unter Abscheidung und Lagerung des CO₂. Das

Fazit von Boulouchos: Der Plan des Bundesrats ist durchführbar, aber es braucht technische Durchbrüche, eine intelligente Verknüpfung von Angebot und Nachfrage und politische Vorgaben.

Göran Andersson war Professor für Energiesysteme, insbesondere Stromübertragung. Er stand kurz vor der Pensionierung. Über Stromübertragung gab es wenig Neues zu erforschen. Die Energiewende könnte die Rettung sein: Niemand wusste, wie ein Stromnetz beschaffen sein muss, das mit «Flatterstrom» gespeist wird. In seinem Referat **«Effizienz, erneuerbare Energien, Elektrifizierung – Technik und Infrastruktur zur erfolgreichen Umsetzung in der Praxis»** legte er dar, dass er dafür ein Konzept hatte: Das funktioniert, wenn man die richtigen Speicher am richtigen Ort hat. Ausserdem ist es notwendig, die Nachfrage zu steuern, da man ja die Produktion nicht steuern kann. Die Nachfrage steuern, heisst im Klartext, dass die Konsumenten nur dann den Strom beziehen können, wenn genügend ins Netz eingespeist wird. Auch Andersson warnte, dass für diesen Plan noch zahlreiche technische Durchbrüche nötig seien.

Lucas Bretschger ist Professor für Ressourcen-Ökonomie. Sein Referat **«Energie und Wohlstand – Konsequenzen einer nachhaltig gestalteten Energiezukunft Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Politik»** zeigte, dass das alles fast nichts kostet. Er entwickelte ein «Top-down» Modell, mit dem er die mutmassliche Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft mit und ohne Energiewende berechnete. Als Hypothese nahm er an, dass Energiekonsum und Wirtschaftsleistung zunehmend entkoppelt sein würden. Das heisst, die Wirtschaftsleistung könne steigen, während der Energiekonsum sinkt. Er kam zu der eher erheiternden Erkenntnis, dass wir das BIP von 2050 erst 2051 erreichen würden. Das tönt harmlos und so stellte er es auch dar. Aber das ist es nicht, denn das normale Wachstum fehlt nicht nur im letzten Jahr, sondern zunehmend jedes Jahr. Wir haben die Rechnung gemacht: Es kostet im Durchschnitt 600 Franken pro Person und Jahr; am Anfang nichts, 2050 volle 1200 Franken. Das ist mehr als die 40 Franken pro Familie, mit der BR Leuthard später in den Abstimmungskampf stieg. Interessant und erhellend war seine Feststellung «Ja, die Wirtschaft kann [das] leisten, sofern die Politik die richtigen Vorgaben macht. So können wir den Ball zurückspielen».

In der anschliessenden Podiumsdiskussion fiel eine Person besonders auf: Ruedi Noser, damals Nationalrat. Er sollte im Lauf der Geschichte der Energiestrategie 2050 noch eine wichtige Rolle spielen. Als Informatiker ist er natürlich von Digitalisierung, virtuellen Speichern und Prozessoren umgeben. Er übertrug seine Kenntnisse mehr oder weniger eins zu eins auf die Stromversorgung. Man werde die Stromübertragung digitalisieren und damit intelligent ma-

chen und vielleicht werde man dank künstlicher Intelligenz, Dezentralisierung und Stromspeichern in Zukunft kaum mehr ein Stromnetz benötigen.

So lief die Tagung ganz nach dem Geschmack von Doris Leuthard. Trotz der vielen «falls» «wenn», «vorausgesetzt dass» und dank geschicktem Versteckspiel schien das Resultat festzustehen: «Die ETH sagt: die Energiewende geht und sie kostet fast nichts». Entsprechend strahlte sie während ihrer Schlussansprache während der anschliessenden Abendveranstaltung und erntete donnernden Applaus von den gegen Tausend Zuhörern. Auch ETH-Präsident Eichler war sichtlich zufrieden. Er konnte sich auf reichlich fliessende Forschungsgelder freuen.

So gab es weitere «Studien», vorwiegend aus der ETH. Und immer hiess es «die ETH hat gesagt». Dabei sagt die ETH gar nichts. Einige ideologiegesteuerte Professoren, vorwiegend aus technikfernen Departementen, liessen sich lauthals vernehmen. Die überwiegende Mehrheit der Professoren schwieg vornehm. Sie mussten schweigen. Wir haben von mehr als einem ETH-Präsidenten sinngemäss gehört: «Das Geld für die ETH kommt vom Bund. Die ETH sagt nichts, was der Bund nicht hören will».

So konnte BR Leuthard am 28. September 2011 guten Mutes die Motion Schmidt dem Ständerat vorlegen. Tatsächlich empfahl seine vorbereitende Kommission UREK-S, darauf einzutreten und die Motion anzunehmen. Der freisinnige Präsident der Kommission, Rolf Schweiger (FDP), ärgerte sich dermassen, dass er sich weigerte, den Kommissionsantrag im Plenum des Nationalrats zu vertreten. Filippo Lombardi, CVP-Mitglied und Kernenergiebefürworter musste antreten. Der Rat folgte seiner Kommission, nahm die Motion an und verschärfte sie in wesentlichen Punkten. Aber die Idee der Kommission, das Verbot neuer Kernkraftwerke auf die der jetzigen Generation KKW zu beschränken, kam nicht durch.

Die Motion lautete nun:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten, um die Gesetzgebung wie folgt anzupassen:

- 1. Es dürfen keine Rahmenbewilligungen zum Bau neuer Kernkraftwerke erteilt werden. (=Version NR)*
- 1^{bis} Das Kernenergiegesetz vom 21. März 2003 ist entsprechend zu ändern. Damit wird kein Technologieverbot erlassen.*
- 2. Kernkraftwerke, die den Sicherheitsvorschriften nicht mehr entsprechen, sind unverzüglich stillzulegen. (=Version NR)*
- 3. Es wird eine umfassende Energiestrategie unterbreitet, um unter anderem*

den künftigen Strombedarf ohne Atomenergie und durch eine vom Ausland möglichst unabhängige Stromversorgung sicherzustellen, ohne den Wirtschafts- und Forschungsstandort Schweiz insgesamt zu gefährden. Die Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz wird zielführend verstärkt.

- 4. Bildung, Lehre und Forschung in sämtlichen Energietechnologien in der Schweiz und in der internationalen Zusammenarbeit werden weiterhin unterstützt.*
- 5. Der Bundesrat berichtet periodisch über die Entwicklung der Technologien und die Umsetzung der Energiestrategie und stellt Anträge zu Gesetzesänderungen sowie Programmen. Insbesondere berichtet er regelmässig über die Fortschritte in der Kerntechnologie. Dabei nimmt der Bundesrat namentlich Stellung zu Fragen der Sicherheit, der Entsorgung radioaktiver Abfälle, sowie der volkswirtschaftlichen, umwelt- und klimapolitischen Auswirkungen.*

Schon fast erheiternd ist der neu eingeführte Artikel 1bis: Man verbietet eine bestimmte Technologie und behauptet gleichzeitig man erlasse kein Technologieverbot. Am 6. Dezember 2011 akzeptierte der Nationalrat die Motion in der Version des Ständerats.

Eine andere Veranstaltung fand am Chemie-Institut der Universität Zürich statt. Professor Roger Alberto hatte Gymnasiasten zu einer Experimental-Vorlesung «Energien der Zukunft» unter Berücksichtigung des CO₂-Problems mit anschliessender Podiumsdiskussion über die mittel- und langfristige Energieversorgung eingeladen. Die Veranstaltung fand zwei Mal statt. Zum Podium war Irene in ihrer Eigenschaft als Vizepräsidentin der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) und Präsidentin der «Women in Nuclear» (WiN) sowie Nick Beglinger als Präsident des Verbands «Swiss Cleantec» eingeladen. Beglinger ist eine schillernde Person, ein Missionar in Sachen erneuerbare Energie. Er war Mitinitiant des Projekts «Masdar City» in Abu Dhabi, eine vollständig durch Solarenergie versorgten Kleinstadt, deren Fertigstellung inzwischen auf 2030 verschoben ist. Hierzulande war Beglinger als enger Vertrauter und «Einflüsterer» von Doris Leuthard bekannt. Bei der ersten Veranstaltung brachte Irene Kernenergie als Lösung des Klimaproblems ins Spiel, was Beglinger vehement zurückwies. Bei der zweiten Diskussion drehte sich die Debatte vor allem um die drohende Winterlücke bei einem hohen Anteil an Solarstrom. Beide waren sich einig, dass dies aus Klimagründen nicht mit fossiler Energie wie Gas, geschehen dürfe. Beim anschliessenden Apéro fragte uns Beglinger, ob es eigentlich technisch möglich wäre, Kernkraftwerke nur im Winter laufen zu lassen! Offenbar hatte er etwas begriffen, was seine Mentorin Leuthard nie begriffen hat – dass Sonnenenergie die Winterlücke nicht schliessen kann!

8. Die Botschaft

Mit der Annahme der Motion Schmidt hatte Doris Leuthard und ihr Bundesamt für Energie freie Bahn für ihr opus magnum – die Energiestrategie 2050. Dazu brauchte es eine Neufassung des bestehenden Energiegesetzes, eine Ergänzung des Kernenergiegesetzes, des CO₂-Gesetzes und einiger weiterer Erlasse. Die Arbeit zog sich hin. Es war auch eine umfangreiche Arbeit. Am 4. September 2013 endlich war es soweit:

Botschaft zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050

(Revision des Energierechts)

und

zur Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie

(Atomausstiegsinitiative)» war bereit für die Behandlung in den Räten.

Es ist ein Buch mit 196 Seiten. Die ersten 97 Seiten enthalten eine allgemeine Einführung in die Materie, die Hintergründe und Ziele. Es folgen zwei Seiten mit einer Auflistung der Postulate und Motionen, die auf Grund des Gesetzesvorschlages abgeschrieben werden sollen. Es sind deren 47. Dann folgen 57 Seiten Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln. Die restlichen 42 Seiten dienen der Abschätzung der Auswirkungen des Gesetzes auf die Finanzen von Bund, Kantonen und Gemeinden, die Volkswirtschaft, die Umwelt und vieles mehr. Schliesslich kommen noch 4 Seiten Erklärungen von Abkürzungen. Der eigentliche Gesetzestext umfasst nochmals 46 Seiten.

Der Titel verrät es: Es handelt sich um ein erstes Massnahmenpaket. Mindestens ein weiteres war zu erwarten. Was der Titel auch verrät: Das Ganze ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Atom-Ausstiegsinitiative der Grünen.

Bereits kurz nach der Katastrophe in Japan waren die Grünen nämlich entschlossen zur Tat geschritten. Sie lancierten eine Ausstiegsinitiative, mit der die Laufzeit der Kernkraftwerke auf 45 Jahre beschränkt werden sollte. Am 3. Mai 2011 war die Vorprüfung des Textes durch die Bundeskanzlei positiv abgeschlossen. Am 16. November 2012 hatten sie 107 533 gültige Unterschriften gesammelt, was die Bundeskanzlei am 15. Januar 2013 bestätigte. Die Initiative war also zustande gekommen.

Zurück zur Botschaft: Sie erinnert zunächst an die Vorgeschichte, besonders an die Energiestrategie des Bundesrats vom 21. Februar 2007. Die-

se hatte sich auf vier Pfeiler gestützt: Energie-Effizienz, erneuerbare Energie, neue Grosskraftwerke (explizit auch Kernkraftwerke) und Energieaussenpolitik. Darunter fielen – und fallen immer noch – die Verhandlungen mit der EU über ein Stromabkommen, das unter anderem die Importmöglichkeiten für elektrische Energie und die Teilnahme der Schweiz als gleichberechtigter Partner am Stromaustausch sicherstellen soll.

Der Text der Botschaft bereitet anschliessend das Feld für die konkret vorgeschlagenen Massnahmen vor und verwickelt sich dabei in Widersprüche. So wird eine Stellungnahme der Internationalen Energie Agentur (IEA) zitiert die besagt:

«Soll das weltweite Klima stabilisiert und der globale Temperaturanstieg auf 2°C beschränkt werden, müssen sämtliche energiepolitischen Optionen – Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Kernkraft, CO₂-Abtrennung und Speicherung – rasch ausgeschöpft werden.»

Das 2°C-Ziel wird ausdrücklich bestätigt; es entspreche dem von der Schweiz an Klimakonferenzen vertretenen Ziel. Eine Seite später aber ist der Bundesrat der Meinung:

«Die Versorgungsrisiken liegen im Zeithorizont 2050 weniger in der Begrenzung der fossilen Energieressourcen als vielmehr in geopolitischen Konflikten.»

Wie passt das zusammen? Wenn das 2°C-Ziel ernst genommen werden soll, braucht es sehr wohl eine Begrenzung der fossilen Energieressourcen. Die innere Widersprüchlichkeit ist ein Charakteristikum dieses Gesetzes, dem wir noch oft begegnen werden.

Bereits auf Seite 30 lässt der Bundesrat die Katze aus dem Sack: Er denkt die Zukunft in drei Szenarien:

- Das erste heisst «Weiter wie bisher» (WWB), meint aber etwas anderes: Was geschieht, wenn wir die Kernkraft abstellen und die gesetzlichen Grundlagen unverändert lassen, allenfalls, falls nötig, anpassen.
- Eine «Neue Energiepolitik» (NEP) will die CO₂-Emissionen bis 2050 auf 1bis 1.5 Tonnen pro Kopf reduzieren.
- Schliesslich soll das Szenario «Politische Massnahmen des Bundesrats» (POM) aufzeigen, wie sich das vorliegende Massnahmenpaket auf die Energienachfrage und das Energieangebot auswirken werde.

Quasi nebenbei sagt der Bundesrat, wie er die Lösung aller Probleme sieht und wo der Strom künftig herkommen soll: Aus erneuerbaren Energiequellen. Das nachhaltig nutzbare Potential in jährlich produzierten Milliarden Kilowattstunden (GWh) schätzt er so:

Sonne	11,1 Milliarden kWh
Wind	4,3 Milliarden kWh
Biomasse	1,2 Milliarden kWh
Geothermie	4,4 Milliarden kWh
KVA/ARA	3,2 Milliarden kWh
Total	24,2 Milliarden kWh

Ist es wohl Zufall, dass das ziemlich genau der wegfallenden Produktion der Kernkraftwerke entspricht?

In diesem Zusammenhang liest man auch den rätselhaften Satz «Der CO₂-Ausstoss kann – je nach Zusammensetzung des Kraftwerkparks – substantiell gesenkt werden». Rätselhaft ist der Satz darum, weil der bestehende Kraftwerkpark – bestehend aus Wasser- und Kernkraftwerken – praktisch kein CO₂ ausstösst.

Allerdings zerstört der Bundesrat diesen CO₂-freien Kraftwerkpark im nächsten Kapitel, indem er den Neubau von Kernkraftwerken verbietet, also ein allmähliches Auslaufen der Versorgung mit Kernenergie in Kauf nimmt. Für die bestehenden Kernkraftwerke will er keine vorzeitigen Stilllegungen, weil er Schadenersatzforderungen befürchtet. Der künftige Kraftwerkpark ohne Kernkraftwerke wird – immer gemäss Botschaft – wegen der Notwendigkeit von Gaskraftwerken und Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen 2,8 Millionen Tonnen CO₂ ausstossen – das Gegenteil einer substantiellen Absenkung des CO₂-Ausstosses. Ja, die Botschaft erwähnt ausdrücklich die Notwendigkeit von Gaskraftwerken oder allenfalls Importen. Das, obwohl sie drastische Sparmassnahmen vorsieht:

Der durchschnittliche Endenergieverbrauch pro Kopf und Jahr soll gegenüber dem Jahr 2000 bis 2050 um 54 Prozent sinken. Allerdings schätzt der Bundesrat die Einsparmöglichkeiten bei der Prozesswärme «nur» auf 30 bis 35 Prozent und bei den Antrieben auf 20 bis 25 Prozent. Für den Stromverbrauch wird eine Abnahme von 18 Prozent im gleichen Zeitraum gefordert. Dafür erlässt er Effizienzvorschriften für 16 Kategorien von Elektrogeräten. Ausserdem werden die Stromversorger angewiesen, dafür zu sorgen, dass die Nachfrage ihrer Kunden zurückgeht. Pro MWh weniger verkaufte Energie soll der Versorger ein handelbares «weisses Zertifikat» erhalten.

Wie bringt man Investoren und Privatpersonen dazu, Solaranlagen und Windräder zu bauen? Indem man sie «schmiert». Die «Kostendeckende Einspeisevergütung» gab es schon seit 2009. Die Abgabe zur Finanzierung dieser Subvention soll auf 2,3 Rappen pro kWh erhöht werden. Neu kommt auch die tiefe Geothermie in den Genuss dieser Förderung: Sie kann damit das «Fündigkeitsrisiko» abdecken.

Das CO₂-Problem, das wegen des Wegfalls der CO₂-freien Kernenergie verschärft wird, erfährt eine ausführliche Behandlung. Für die Einführung einer Energieabgabe stellt der Bundesrat eine Verfassungsänderung in Aussicht. Vorläufig verschärft er die CO₂-Grenzwerte für Motorfahrzeuge zunächst auf 130 g/km, ab 2020 auf 95 g/km. Öl- und Gasheizungen für Gebäude sollen sukzessive wegfallen und durch erneuerbare Energiequellen gedeckt werden.

Die vielen kleinen «Kraftwerke» auf den Hausdächern stellen völlig neue Anforderungen an das Stromnetz. Folgerichtig wollte das Bundesamt für Energie auch eine Netzstrategie vorschlagen, die zeigen sollte, wie man mit diesem Problem umgeht. Frau BR Leuthard hat das verhindert. Man hätte nämlich erfahren, wieviel das kostet. Professor Andersson hatte ja gezeigt, was es dazu alles braucht: Viel Informatik und sehr viele, sehr grosse Speicher.

Die Kosten der Bürokratie sind weniger offensichtlich. In Dutzenden von Artikeln wird festgelegt, wer was darf oder muss und was verboten ist und wie der Bund das kontrollieren wird. Wer irgendeine energiebetriebene Anlage nutzt, hat Inspektionen vor Ort zu gewärtigen, allerdings ausdrücklich nur während der Bürozeit!

Diesen Gesetzesentwurf sollten National- und Ständerat also gutheissen. Gleichzeitig hat der Bundesrat die Initianten der Atomausstiegsinitiative aufgefordert, die Initiative zurückzuziehen, da ja mit diesem indirekten Gegenvorschlag ihr Anliegen – wenn auch verzögert – erfüllt werde.

Diese machten etwas Aussergewöhnliches: Einen bedingten Rückzug. Sie würden die Initiative zurückziehen, falls der Gesetzesentwurf ohne wesentliche Änderungen in Kraft trete.

Zwar wiesen die renommierten Ökonomen Silvio Borner und Bernd Schips in einem umfangreichen Werk detailliert nach, welche Fehler gemacht wurden, was man nicht berücksichtigt habe und dass die Schlussfolgerung unhaltbar sei. Leider hat niemand diese Arbeit zur Kenntnis genommen. Ein einziger Journalist verirrte sich am 1. Dezember 2014 an die Pressekonferenz an der das Werk vorgestellt wurde. Vom offiziellen «Narrativ» abweichende Meinungen waren nicht erwünscht.

9. Die Beratungen

Es würde zu weit führen, die Debatten in den Räten ausführlich zu beschreiben. Wichtiger ist die Analyse der Akteure, wer sie waren und was sie antrieb. Es genügt, kurz das Verfahren in Erinnerung zu rufen: Jede Vorlage muss von beiden Räten behandelt werden. Bevor der ganze Rat, das Plenum, sich darüber beugt, wird sie von den entsprechenden Kommissionen vorberaten. Ergeben sich nach der Behandlung im Zweitrat Differenzen zur Version des Erstrats, geht die Vorlage zurück zum Erstrat, zunächst zu seiner Kommission. Wenn es nach zwei solchen «Ballwechseln» immer noch Differenzen gibt, muss eine Einigungskonferenz mit Mitgliedern aus beiden Räten diese ausräumen. Schliesslich findet in jedem Rat eine Schlussabstimmung statt.

Das Verfahren begann am 1. Dezember 2014 mit der Eintretensdebatte im Nationalrat. Wie der Name sagt, geht es dabei darum, ob die Vorlage überhaupt behandelt werden soll, ob man «auf sie eintreten» wolle. Es gibt zum «Eintreten» zwei Alternativen: «Nicht Eintreten» – dann ist das Geschäft vom Tisch – oder «Rückweisung an den Bundesrat», in der Regel mit bestimmten Aufträgen.

Wir schildern den Verlauf der Eintretensdebatte etwas ausführlicher, weil sich hier bereits die Fronten und die Akteure zeigten.



Der Präsident des Nationalrats eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, dass die Beratungen 20 Stunden in Anspruch nehmen würden. Das Ritual will, dass zuerst die Resultate der Kommissionsberatungen bekannt gegeben werden und zwar auf Deutsch und Französisch. So hatte **Roger Nordmann (SP)** als Sprecher der Kommissionsmehrheit die Ehre, die Debatte zu eröffnen. Er erklärte, Präsident der Vereinigung «Swiss-Solar» zu sein, ein Mitglied des Verbands «Swiss Cleantec» von Nick Beglinger. Dann erinnerte er an die Schrecken der Atomenergie und das grosse Potential der erneuerbaren Energiequellen.



Stephan Müller-Altermatt (CVP) bezeichnete als deutschsprachiger Sprecher der Kommissionsmehrheit die kommenden Verhandlungen als «Mutter aller Debatten» und das vorliegende Gesetzeswerk als «alternativlos». Das hatte dreieinhalb Jahre zuvor noch ganz anders getönt. Da war er noch als Kämpfer gegen Windparks populär und

propagierte Solarenergie aus der Sahara. Seine Popularität reichte im Herbst 2011 zur Wahl in den Nationalrat auf Kosten einer Bisherigen von den Grünen. Offenbar hat Doris Leuthard ihn anschliessend «ins Gebet genommen». Jedenfalls fand er jetzt Windräder eine gute Idee und Solarstrom solle von den Hausdächern kommen und nicht aus der Sahara. Er lobte denn auch die Arbeit der Kommission, die viele Sitzungen abgehalten habe, welche sich über ein volles Jahr erstreckten. Sie hatte die Vorlage mit 17:8 Stimmen an das Plenum überwiesen.



Hansjürg Knecht (SVP) beantragte namens der Kommissionsminderheit nicht Eintreten, da die Vorlage die Energieprobleme nicht löse, die Kosten verschleierte und eine unabsehbare Administration nötig mache. Albert Rösti sekundierte ihn. Er nannte die Energiestrategie 2050 eine «Importstrategie» und erinnerte an den Bericht der Professoren Silvio Borner und Bernd Schips, in dem sie die Nicht-Machbarkeit und die hohen Kosten der Strategie nachgewiesen hatten.



Christian Wasserfallen (FDP) plädierte Namens der Kommissionsminderheit 2 für Rückweisung an den Bundesrat, weil die Vorlage ohne die Stromnetz-Strategie und die Lenkungsabgaben, die im zweiten Paket vorgesehen sind, nicht vollständig sei. Ausserdem müssten die Kosten klar ausgewiesen werden.



Martin Bäumle vertrat die GLP (Grünliberale). Sein Referat bestand im Wesentlichen aus einer Tirade gegen Kernkraftwerke. Zwar widersprach ihm Christian Miesch (SVP), löste damit aber bloss eine weitere Tirade aus. Selbstverständlich empfahl Bäumle Eintreten.



Bastien Girod («Nachts braucht niemand Strom») referierte für die Grüne Fraktion. Er schwärmte vom Einsparpotential von 40 Prozent, den billigen erneuerbaren Energien, beklagte, wie rückständig die Schweiz bei der Entwicklung der Erneuerbaren sei und rief zu einer vorzeitigen Stilllegung der Atomkraftwerke auf. Das letzte sollte spätestens 2034 vom Netz gehen, bevor ein Unfall passiere. Die Grünen seien nicht nur für Eintreten, sie würden auch Verbesserungsvorschläge machen. Seine Parteikolleginnen Adèle Thorens und Regula Rytz sekundierten ihn.



Eric Nussbaumer sprach für die SP. Diese empfehle Eintreten aus vier Gründen: Wir sind abhängig von fossilen Energien, die aus dem Ausland kommen. Diese sind teuer, und wir kontrollieren die Kosten nicht. Sie verursachen einen Klimawandel, dessen Auswirkungen schädlich sein könne und schliesslich wollen wir auf die Kernenergie verzichten.

Wir wollen diese Energiewende und es könnte schneller gehen, wenn es nicht die Verhinderer und Bremser auf der Rechten gäbe. Übrigens hatte er am Anfang erklärt, dass er sich beruflich seit 30 Jahren mit erneuerbaren Energien beschäftigt.

Als Sprecher der FDP-Fraktion plädierte **Christian Wasserfallen** für Eintreten, allerdings liess er keinen guten Faden an der Vorlage: Es sei keine Strategie, sondern eine über Nacht zusammengeschusterte Notlösung, um den überstürzten Ausstiegsbeschluss irgendwie zu kompensieren. Eine Versorgung mit Flutterstrom sei unrealistisch und führe zu einer Gasabhängigkeit. Überhaupt sei eine Vorlage von dieser Tragweite zwingend dem Volk zu unterbreiten, umso mehr als deren Verfassungsmässigkeit fraglich sei.



Toni Brunner plädierte für die SVP für nicht Eintreten. Die Vorlage sei ein gefährlicher Irrweg und alles andere als eine Strategie. Windräder und Solardächer könnten niemals die 40 Prozent wegfallenden Nuklearstrom ersetzen. Stattdessen müssten wir Kohlestrom importieren oder Gaskraftwerke bauen. Dann dürfe Frau Leuthard aber

nie mehr an einer Klimakonferenz hehre Ziele verkünden. Wegen der Subventionierung der Erneuerbaren komme jetzt sogar die Wasserkraft in die Kostenklemme. Die Energieversorgung werde unsicher und die Auslandabhängigkeit wachsen. Der fehlende Strom solle durch Sparen ersetzt werden. Wie will man denn die CO₂-Emissionen verringern, wenn kein Strom da ist, um die fossilen Energiequellen zu ersetzen? Im Übrigen habe der Bundesrat nicht den Mut, das zweite Paket mit den CO₂-Abgaben gleichzeitig vorzulegen, weil die Kosten die Unrealisierbarkeit der Energiestrategie 2050 beweisen würden. Guy Parmelin, damals SVP-Vertreter in der UREK-N, erinnerte an das Beispiel Deutschlands, wo das Scheitern der Energiewende bereits offensichtlich sei.



Für die BDP sprach ihr Präsident, **Hans Grunder**. Die Fraktion habe einmütig Eintreten beschlossen. Grunder überzog seine Redezeit fast um das Doppelte, sagte aber nichts Neues. Das einzige Neue waren gehässige Polemiken gegenüber der SVP. Im Anschluss versuchten ihn 6 Fragesteller zu konkreten Aussagen zu bewegen; vergeblich.



Bleibt die CVP-Fraktion. Ihr Sprecher war **Daniel Fässler**. Selbstverständlich war die CVP für Eintreten und ausdrücklich gegen Rückweisung. Fässler erinnerte daran, dass beide Räte mit der Annahme der modifizierten Motion von Roberto Schmidt die Basis für die heutige Vorlage gelegt hätten. Mit dem damaligen Beschluss habe das Parlament das Paket bestellt. Der Auftrag, den das Parlament dem Bundesrat erteilt habe, sei erfüllt, nämlich eine Gesetzgebung, die eine Energieversorgung ermöglicht ohne Atomkraftwerke, unabhängig vom Ausland und ohne die Wirtschaft zu schädigen.



Jetzt war die Reihe an **Bundesrätin Doris Leuthard**. Sie begann mit einem umfassenden Exposé über die globale Energiewirtschaft. Dann legte sie den Finger auf unsere Auslandabhängigkeit bei den fossilen Energiequellen und wie die Energiestrategie diese Abhängigkeit drastisch vermindern werde und wie wichtig es sei, im Interesse des Klimaschutzes den Verbrauch von fossilen Energieträgern einzuschränken. Sie ging nicht darauf ein, dass der Beschluss, auf Atomenergie zu verzichten, diesem Bestreben diametral entgegensteht und dass die «Massnahmen» zur Minderung der Fossilen sich auf die Forderung beschränkt, den Gesamtenergieverbrauch um 54 Prozent herunter zu fahren ohne zu sagen wie.

Unvermittelt kam sie dann doch auf Strom zu sprechen. Sie verglich allen Ernstes den Import von Strom mit dem Import von Schuhen. Da beklage man sich auch nicht über die Auslandabhängigkeit. Dass man Strom im Gegensatz zu Schuhen nicht lagern kann, spielt für sie anscheinend keine Rolle. Eine Rolle spielt aber, dass ein KKW unter 11 Milliarden nicht zu haben sei – eine Aussage, die weit von der Wirklichkeit entfernt ist. Für 11 Milliarden liefern die Koreaner zwei Kernkraftwerke.

Dann wehrte sie sich gegen die Vorwürfe, nur einen Teil der vorgesehenen Massnahmen vorzulegen: Die Lenkungsabgaben mit der nötigen Verfassungsänderung komme im Frühjahr und die Stromnetz-Strategie habe mit der Energiestrategie nichts zu tun – eine schwer verständliche Aussage. Gegen Ende ihres Vortrags setzte sie sich mit dem Vorwurf der Subventionitis auseinander: die Erhöhung der KEV-Abgabe um 1,1 Rappen pro kWh mache für einen 4-köpfigen Haushalt gerade mal Fr. 49.50 im Jahr aus und niemand jammere

über die mehr als dreieinhalb Milliarden für die Landwirtschaft und die viereinhalb Milliarden für Bildung und Forschung. Dann sagte sie, wir zitieren wörtlich: «Schliesslich erinnere ich Sie daran, dass wir bis Anfang der 70er-Jahre unsere Stromversorgung ohne Kernenergie organisiert haben. Wir machen also nur eine Bewegung zu den guten alten Zeiten...». Ja, das hat sie tatsächlich gesagt! Sieben Nationalräte stellten der Bundesrätin Fragen. Ihre Antworten wirkten schnippisch und herablassend.

Damit hatten die Fraktionen ihre Empfehlungen abgegeben und begründet. Nun durften sich weitere Mitglieder des Rats zum Eintreten äussern. Dabei vernahm man die eine oder andere rhetorische Perle. So behauptete Andy Tschümperlin (SP, SZ) auf eine Frage von Adrian Amstutz, wie er sich vorstelle, den überschüssigen Solarstrom im Sommer zu verwerten, es gebe allein im Muotathal unzählige Pumpspeicher. Im Muotathal gibt es drei kleine Wasserkraftwerke. Keines ist ein Pumpspeicherwerk.

Schliesslich schritt der Präsident zu den Abstimmungen über die Anträge der Kommission. Das Resultat: Der Rat beschloss Eintreten mit 135 zu 55 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Nationalrat Gerhard Pfister, einer der wenigen vermeintlich aufrechten Politiker der CVP, war entschuldigt abwesend.

Die Detailberatung, Artikel für Artikel, zog sich – wie befürchtet – über fast die ganze Woche hin. Dabei hat man dem Gesetz einige Zähne gezogen. So heissen die «Ziele» für Produktion und Einsparung jetzt «Richtwerte». Warum Einspeisevergütungen jetzt Einspeiseprämien heissen sollen, ist nicht einsehbar.

Richtig hitzig wurde die Debatte erst bei der Änderung des Kernenergiegesetzes. Die Rechte machte darauf aufmerksam, dass ein Verbot neuer Rahmenbewilligungen unnötig sei, da ja jede neue Rahmenbewilligung für ein KKW dem fakultativen Referendum unterstehe. Die Linke wollte die Laufzeitbeschränkung der AKW gemäss Initiative ins Gesetz schreiben. Stattdessen tauchte das «Langzeitbetriebskonzept» auf. Dabei sollte alle zehn Jahre eine neue Betriebsbewilligung erteilt werden, sofern der Betreiber nachgewiesen hat, dass das Werk sicherer sei als zuvor. Die Idee stammte offenbar vom ENSI, dem Eidgenössischen Nuklear-Sicherheitsinspektorat, das allerdings nicht verriet, wie diese steigende Sicherheit definiert sei. Am 8. Dezember 2014 beendete der Nationalrat die Beratungen und sandte die Vorlage ohne Langzeitbetriebskonzept an den Ständerat. Wir hofften auf den Ständerat. Früher wäre es undenkbar gewesen, dass diese «Chambre de Reflexion» eine so widersprüchliche Vorlage durchgewinkt hätte. Wir beschlossen nachzuhelfen.

10. Unsere Rolle

Hier ist wohl der Ort, die Rolle offen zu legen, die wir spielten. Wir haben den Weg des Energiegesetzes von Anfang an aktiv begleitet. Bereits als sich nach dem 25. Mai 2011 abzeichnete, dass eine Energiewende ohne Kernenergie bevorstand, setzten wir ein Blog auf, um mitzuhelfen, die offensichtlichen Wissenslücken von Bevölkerung und Politikern zu schliessen. Das Blog brauchte einen eingängigen Titel. Es hiess «Kaltduschenmitdoris». Die Idee ging auf ihren NR-Wahlkampf von 1999 zurück, den sie unter dem Motto «frisch» geführt hatte. Dazu liess sie Duschgel verteilen. Die Aargauer Zeitung machte daraus den Spruch «Duschen mit Doris». Da sie uns drohte, die Energie zu rationieren, schien uns «kalt duschen» angemessen. Wir starteten Anfang April 2013, alle paar Wochen mit einem neuen Thema. Beispiele waren das Problem des Flatterstroms, die Angst vor der Radioaktivität, das unterschätzte Speicherproblem oder die Grenzen des «Smart Grid» und viele andere. Unter dem Titel «Vorweg gesagt» begründeten wir unser Engagement wie folgt:

«Warum machen wir das? Ganz einfach: wir können nicht anders. Wir können nicht mehr untätig zuhören und zusehen, wie im Zusammengang mit der sogenannten Energiewende Unsinn erzählt wird. Es scheint, dass das Abschneiden bei den nächsten Wahlen wichtiger ist als die langfristige Prosperität unseres Landes. Dem Wahlerfolg wird offenbar alles untergeordnet und jede Lüge, jede dreiste Anmassung von scheinbarem Fachwissen, jede Phantasterei ist erlaubt.

Es muss Gegensteuer gegeben werden. Uns ist schon klar, dass wir das allein nicht schaffen, aber wir können, wir müssen unseren Beitrag leisten. Wenn viele kleine Leute an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun kann Grosses entstehen. Vielleicht eine wirkliche Energiewende? Ein Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen gar? Damit die wirkliche Bedrohung abgewendet werden kann?»

Das haben wir vier Jahre lang gemacht, bis Ende Mai 2017. Doch schon im Frühling 2015 ergab sich Gelegenheit, die Aktivitäten auszuweiten. Bruno Pellaud, ehemals Stellvertretender Generaldirektor der IAEA in Wien, führte ein ähnliches Blog in der französischsprachigen Schweiz und schlug vor, die Aktionen gemeinsam gesamtschweizerisch zu koordinieren. Ausser ihm fanden wir weitere prominente Persönlichkeiten, die ähnlich dachten. Schliesslich gründeten wir zusammen den Verein, **.energiesuisse.net**, benannt nach Pellauds Website.

Anstelle des Blogs haben wir im Rahmen von **.energiesuisse.net** einen monatlichen, vielseitigen Newsletter unter dem Namen «Hochspannung» herausgegeben. Ähnlich wie im Blog versuchten wir, Tatsachen und Realitäten gegen politische Träume wirken zu lassen. Hier ist die Titelseite der ersten Nummer



.energiesuisse.net

Hochspannung

Spannende Informationen rund um die Energiewende

Jun 2015

Solarimpulse – Wegweiser in die solare Zukunft?

Solarimpulse 2 ist ein Wunderwerk der Technik. Aber den Weg in die solare Zukunft zeigt der Flieger nicht. Im Gegenteil: Er zeigt die Grenzen der Solarenergie.

Unter den staunenden Augen der weltweiten Öffentlichkeit ist Solarimpulse 2 zu sei-



ner Weltumrundung unterwegs. Bertrand Piccard und seine Crew preisen das Unternehmen als zukunftsweisend. Es soll zeigen, dass die Möglichkeiten der Solarenergie grenzenlos sind. „The Future is clean!“ heisst die Losung. Wie viel Kerosen man braucht und wie viel CO₂ man produziert, um die gigantische Infrastruktur dem Solarflieger nachzufliegen, verschweigt man lieber. Solarimpulse ist technisch gesehen ein elektrisch angetriebener Motorsegler. Das ist ein Segelflugzeug mit einem Hilfsmotor, der einen selbständigen Start ohne Schleppflugzeug oder Seilwinde ermöglicht. Einen elektrischen Motorsegler kann man kaufen. Er kostet ein paar hundert Tausend Franken. Die Batterien erlauben ihm, soviel Höhe zu gewinnen, dass er die Aufwinde nutzen kann. Er fliegt dann solange und so weit wie Segelflieger eben fliegen, im Idealfall stun-

denlang. Die Batterien werden praktischerweise an der Steckdose aufgeladen, in der Schweiz mit nahezu CO₂ freiem Wasser- und Atomstrom. Clean eben! Natürlich kann man die Batterien mit Solarstrom aufladen. Das dauert dann, je nach Wetter und Grösse der Solarpaneele, ein paar Tage. Wer keine Geduld hat, will den Segler im Flug nachladen. Auch das geht. Die Photozellen sind dann nicht auf dem Dach des Hangars, sondern auf den Flügeln. Allerdings gibt es jetzt ein Problem: Man kann nicht tagelang warten, bis die Batterien geladen sind. Und mehr als etwa 150 Watt pro Quadratmeter lassen sich nicht aus den Solarzellen heraussholen. Es braucht also viele, viele Quadratmeter. Der Elektrosegler hat dann eine Spannweite von 72 Metern – mehr als ein Jumbo Jet – und kostet statt einige hundert Tausend über hundert Millionen Franken – und er heisst Solarimpulse 2. Als Nutzlast trägt er gerade mal einen Piloten und er fliegt nur bei idealen Wetterverhältnissen. Wenn sich diese nicht einstellen, bleibt der Flieger am Boden, so wie über einen Monat lang in Nanjing oder er geht zu Boden, wie in Nagoya. Damit demonstriert Solarimpulse 2 die Grenzen der Photovoltaik so drastisch wie es nur geht. Will man mehr Leistung, braucht man mehr Fläche. Daran führt kein Weg vorbei. Aber die Grösse der Flügelflächen ist aus prinzipiellen Gründen begrenzt: Ein noch grösseres Flugzeug wird zu schwer. Das heisst: Gewicht sparen, leichter bauen. Die Leichtbautechnik ist bei Solarim-

Der Verein entwickelte sich zu einer Dachorganisation mit vielen Unterorganisationen.

Wir glaubten, mit dieser geballten Macht an naturwissenschaftlichem und ökonomischem Fachwissen den Ständerat beeinflussen zu können und es gelang, die Mittel für ein seitendominierendes Inserat in Form eines offenen Briefes an die Mitglieder des Ständerats in den wichtigsten Tageszeitungen erscheinen zu lassen. Wir machten auf fünf Probleme aufmerksam:

Energiestrategie 2050 vors Volk!

Offener Brief an den Ständerat

Sehr geehrte Ständerätinnen und Ständeräte

Die bisherigen parlamentarischen Beratungen zur Energiestrategie 2050 zeigen klar, dass die zentralen Anforderungen der Bundesverfassung an die Energiepolitik nicht erfüllt werden, nämlich eine **ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sowie einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch** sicher zu stellen. Stattdessen wird die Energieversorgung unsicherer, teurer und schadet Landschaft und Klima.

Keine Versorgungs-sicherheit

Gemäss Energiestrategie 2050 wird unsere Stromversorgung während der Wintermonate zunehmend von Importen abhängig. Die Versorgung wird zusätzlich beeinträchtigt, weil die Schweiz vom europäischen Strommarkt ausgeschlossen werden könnte. Solange keine Kenntnis über die Art eines Stromabkommens besteht, wird die Versorgungssicherheit von Engpässen in der EU besonders betroffen sein.

Ist es zu verantworten, der Energiestrategie zustimmen ohne Kenntnis darüber, wie die Stromimporte in Zukunft sichergestellt werden können?

Strommangel grösstes Risiko

Der neueste Risikobericht «Katastrophen und Notlagen Schweiz» des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) hat 27 mögliche Bedrohungen untersucht. Er zeigt, dass das grösste Risiko der Schweiz eine Stromunterversorgung von 30 Prozent während der Wintermonate ist – mit einem Schadenspotential von über 100 Milliarden Franken.

Ist es zu verantworten, unseren Kindern und Enkeln dieses Risiko zuzumuten?

Riesige Kosten

Nach deutschem Muster soll die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) erhöht werden. Damit fallen während weiterer Jahrzehnte jährlich Subventionsbeiträge in Milliardenhöhe an. Zudem beziffern Studien die nötigen Investitionen der Energiewende auf bis zu 200 Milliarden Franken. Dies entspricht den Kosten von 10 NEAT-Jahrhundertbauwerken.

Ist es zu verantworten, der Bevölkerung, den Unternehmen und den Mietern ungefragt solche Kosten aufzubürden?

Verschandelung der Landschaft, Schaden fürs Klima

Die vorgesehenen Wind- und Solaranlagen werden die Landschaft – vor allem in den Bergkantonen und im Jura – ernsthaft belasten. Zudem wird bei Fehlen von Wind und Sonne der Strom durch klimaschädlichen Kohlestrom aus dem Ausland ersetzt. Die Energiestrategie 2050 ist somit weder umwelt- noch klimafreundlich.

Ist es zu verantworten, Landschaft und Klima für so wenig Strom so stark zu belasten?

Gesamtpaket – keine Salamiaktik

Das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 erreicht die angestrebten Ziele nur zur Hälfte. Zur Erreichung der zweiten Hälfte ist zusätzlich eine Verfassungsänderung zur Einführung von Lenkungsabgaben geplant. Warum diese Salamiaktik? Das Prinzip der Einheit der Materie verlangt doch, beide Massnahmenpakete dem Stimmvolk als Ganzes vorzulegen.

Ist es zu verantworten, der Bevölkerung kein Gesamtpaket mit allen Konsequenzen vorzulegen?

Die Energiestrategie 2050 ist für Wirtschaft und Gesellschaft zu wichtig, als dass sie ohne Zustimmung der Bevölkerung beschlossen werden darf. Sehr geehrte Ständerätinnen und Ständeräte, wir bitten Sie, die Energiestrategie 2050 den Stimmberechtigten als Gesamtpaket vorzulegen. **Das Volk muss das letzte Wort haben.** Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

energiesuisse.net und die dem Netzwerk angeschlossenen Organisationen:



Den bürgerlichen Ständeräten haben wir den Brief auch persönlich zugestellt. Wie viele Ständeräte ihn zur Kenntnis genommen haben, können wir nicht wissen. Wir kennen nur die Wirkung. Sie war gleich Null.

Dank einigen Indiskretionen über freundschaftliche Beziehungen haben wir eine Ahnung davon, wie es in der vorberatenden Kommission zu und her gegangen ist. Im Ständerat hatten die bürgerlichen Parteien eine klare Mehrheit. Es war also zu hoffen, dass das illiberale und planwirtschaftliche Gesetz dort eines sanften Todes sterben würde. Es kam anders. Warum?

Die CVP zählt eigentlich zum Bürgerblock. Nicht aber, wenn es um die Energiestrategie geht. Schliesslich ist diese das Kind ihrer Bundesrätin. Allerdings reicht reine Parteiloyalität nicht bei allen Politikern, um über Widersprüche und Fehlentwicklungen hinweg zu sehen. Aber CVP-Ständeräte, die selber zu denken wagten, hatten nicht mit Doris Leuthard gerechnet. Im englischen Parlament kennt man den Begriff «Whip», «Einpeitscher». Das ist der Mann, der mit harter Hand für Fraktionsdisziplin sorgt. Doris Leuthard lebte diese Rolle aus. Mit Drohungen und Versprechungen brachte sie die CVP – die stärkste Fraktion im Ständerat – auf ihre Linie. Beispiel Filippo Lombardi: Es war kein Geheimnis, dass er die Nachfolge Leuthards im Bundesrat anstrebte. Natürlich wusste er, dass sie das verhindern konnte – und spürte. Erfreulicherweise gab es Ausnahmen. Beispielsweise der Urner Standesherr Hansheiri Inderkum. Er liess sich nicht beugen.

Ganz anders der Solothurner Pirmin Bischoff. Als Verwaltungsrat der KKW Gösgen AG stand er zunächst hinter dem Projekt «Gösgen II». Am 13. März 2011 sprach er von Fukushima als «einem schweren Einschnitt in die Energie-debatte», hielt aber gleichzeitig fest, dass bei uns keine Tsunamis drohen. Nach Leuthards Pressekonferenz am 25. Mai 2011, machte er noch Hoffnungen auf neuartige Kernkraftwerke, die inhärent sicher sein werden und dass Politiker nicht für die Ewigkeit entscheiden. Offenbar gab es ein intensives Gespräch mit der Bundesrätin, jedenfalls stimmte Bischoff für die Motion Schmidt, die alle diese Hoffnungen zunichte machte.

Die geschlossenen SVP- und FDP-Fraktionen hätten es, zusammen mit einzelnen standhaften CVP-Abweichlern, immer noch in der Hand gehabt, das Gesetz zu versenken. Aber von Geschlossenheit war da keine Spur. Der persönliche Vorteil, die Interessengemeinschaft der man angehörte, waren stärker als die Grundsätze der Partei.

Da ist Martin Schmid (FDP, GR): Als VR-Präsident der Engadiner Kraftwerke AG, als VR-Mitglied bei RePower und weiteren Energieunternehmen, kann er als Fachmann gelten. Als solcher war zu Beginn kein Anhänger der Energiestrategie. «Damit schaffen wir mehr Probleme als wir lösen» liess er sich noch im Januar 2015 zitieren. Aber dann kam die «Marktprämie» aufs Tapet. Das ist eine Entschädigung pro kWh für Wasserkraftwerke, die gezwungen sind, ihre Produktion wegen den deutschen Dumpingpreisen unter den Gestehungskosten zu verkaufen. Das befreite Schmidts Kraftwerksgesellschaften von genug Sorgen, um über die geschaffenen Probleme hinweg zu sehen. Martin Schmid wurde so zu einem glühenden Anhänger der Energiestrategie. Dabei war er bei weitem nicht der Einzige, dem das Hemd näher war als die Partei-Jacke. Acht

der dreizehn Mitglieder der ständerätlichen Kommission betreuten Mandate im Energiebereich.

So starb das Energiegesetz nicht. Der Ständerat brachte einige Retuschen an, verwarf einige Änderungen des Nationalrats und schickte es zum Erstrat zurück. Zweimal ging das Gesetz hin und her. Dann war es bereit für die Schlussabstimmung.

Das sind die wichtigsten Änderungen gegenüber dem Entwurf des Bundesrats: In vielen Bereichen haben die Räte das Gesetz abgeschwächt. So sind, wie erwähnt, aus «Zielsetzungen» «Richtwerte» geworden. Die Sparziele hat man leicht abgeschwächt. Der Stromverbrauch soll nun statt 18 «nur» noch um 13 Prozent sinken und der übrige Energieverbrauch um 43 statt 54 Prozent. Die «Weissen Zertifikate» für Versorgungsunternehmen, die ihren Kunden weniger Strom verkaufen, hat man als unrealistisch gestrichen. Auf Initiative der FDP enthält das Gesetz nun ein Auslaufdatum für die Subventionen: 2022 für die KEV und 2030 für Einmalbeiträge. Die Freisinnigen freuten sich riesig über diese «Sunset-Klausel». Viele haben dem Gesetz schliesslich nur deswegen zugestimmt und die Partei feierte sie in einer Medienmitteilung vom 27. September 2016 als «grossen Erfolg».

Bei der Änderung des Kernenergiegesetzes gab es kaum Differenzen zum Nationalrat. Die linke Seite verlangte, dass die Abschaltdateen aus der Initiative ins Gesetz aufgenommen würden. Aber damit kamen sie nicht durch, sehr zum Unwillen der Grünen. Unvergesslich bleibt Ständerat Luc Recordon (VD), der nach der entscheidenden Debatte am Schluss das Wort zu einer persönlichen Erklärung verlangte. In einem emotionalen Votum klagte er, das sei jetzt der schwärzeste Tag in der Geschichte des Ständerats gewesen. Selbstverständlich zogen die Grünen ihre Initiative definitiv nicht zurück. Es standen somit zwei Volksabstimmungen an: Die über die Atom-Ausstiegsinitiative und, falls ein Referendum zustande kommen sollte, über das Energiegesetz.

Unsere Aktivitäten gegen die Energiestrategie sind damals dem Fernsehjournalisten Reto Brennwald aufgefallen. Er fand, dass die Gegenüberstellung der zwei Frauen Doris Leuthard und Irene Aegerter eine spannende Geschichte sein könnte. Sein Konzept: Interviews und «Live shots» aus den Auftritten der zwei Frauen und als krönenden Abschluss eine direkte Gegenüberstellung. Die Aufnahmen waren im Kasten und Brennwald wartete auf die Zusage von BR Leuthard zum Gespräch mit Irene. Die Zusage ist nie eingetroffen. Offenbar fühlte sich die als dossierfest gerühmte Bundesrätin nicht sattelfest genug, um gegen Irene anzutreten. So sendete das Fernsehen den «Reporter»-Beitrag am

22. März 2015 ohne die Konfrontation unter dem Titel «Mission Impossible». Wir nehmen an, Brennwald bezog sich dabei auf Irene's Mission, das Energiegesetz zu verhindern. Ja, es war eine «Mission Impossible» aber wir kämpften weiter.

Doris Leuthard und ihr Bundesamt liessen nichts anbrennen. Sie mussten damit rechnen, dass ein Referendum zustande kommen würde und fuhren vorsorglich schweres Geschütz auf. Geldsorgen hatten sie keine. Im Rahmen des Programms «Energie Schweiz» verfügen sie über 50 Millionen jährlich für ihre Propaganda mit Zeitungsbeilagen und Publireportagen. Jetzt lancierte das BFE die Aktion «Energy Challenge». Der Rapper Stress und der Fussballer Shaqiri tourten mit einer Wanderausstellung durch die Schweiz.



11. Das Referendum und die Abstimmungen

Sollte das Referendum ergriffen werden? Wenn ja, von wem? Wir hatten schon im Vorfeld der Beratungen Gelegenheit, uns mit den Spitzen des Gewerbeverbandes, Präsident Rime, Direktor Bigler und seinem Stellvertreter Schneider, darüber zu unterhalten. Rime sah schlechte Aussichten, meinte aber, manchmal sei ein Referendum nützlich, selbst wenn man die Abstimmung danach verliere. Schliesslich war es aber kein Verband, sondern die SVP, die sich entschloss, die Unterschriften zu sammeln, gefolgt von der Jungen FDP. Allerdings hatte Doris Leuthard einen weiteren ihrer vielen Schachzüge bereit.

Wegen den langwierigen Verhandlungen in den Räten und der Kopplung des Energiegesetzes an die Initiative musste deren Behandlung immer wieder hinausgeschoben werden und Fristen wurden nicht eingehalten. Nun konnte sie die Abstimmung über die Initiative so terminieren, dass eine allfällige Unterschriftensammlung für das Referendum teilweise mit dem Abstimmungskampf zur **«Atom-Ausstiegsinitiative»** zusammenfallen würde. Zwar war klar, dass **.energiesuisse.net** beim Sammeln von Unterschriften an der Seite von SVP und den Jungfreisinnigen mitmachen würde. Dass ein solches Monster von einem Gesetz nicht ohne Mitsprache des Stimmvolks in Kraft treten dürfe, war für uns selbstverständlich.

Allerdings fiel die Abstimmung über die «Atom-Ausstiegsinitiative» der Grünen tatsächlich mitten in die Frist von 100 Tagen, innert derer 50 000 Unterschriften gesammelt werden mussten. Wir waren deshalb zunächst damit beschäftigt gegen diese Initiative zu kämpfen. Ein Verbot von Kernkraftwerken in der Verfassung und erst noch eine fixe Lebensdauer von 45 Jahren hätte bedeutet, dass ein Jahr nach der Abstimmung Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg abgestellt werden müssten. Doris Leuthard darf zu gut gehalten werden, dass sie an vorderster Front mitkämpfte.

Unser ältester Sohn Daniel hatte einige Zeit zuvor – zusammen mit dem amerikanischen Filmemacher Robert Stone («Pandoras Promise») und einer britischen Öko-Aktivistin – die internationale NGO «Energy for Humanity» gegründet. Für den Abstimmungskampf gründete er eine schweizerische Stiftung gleichen Namens und führte unter diesem Dach einen intensiven Abstimmungskampf parallel zu dem des Gegen-Komitees der bürgerlichen Parteien.

ENERGY FOR
HUMANITY

NEIN

zur Atomausstiegsinitiative
am 27. November, weil...

... sie ein Angriff auf
unsere Umwelt ist und fossile
Energieträger fördert.

... unsere Energieversorgung nicht
mehr sichergestellt wäre.

... Wir nicht eine Technologie
verbieten sollten, die späteren
Generationen nützen kann.

EINE NEUE STIMME FÜR DIE UMWELT

energyforhumanity.ch

Gründer

Robert Stone, Filmemacher
Kirsty Gogan, Umweltaktivistin
Daniel S. Aegerter, Unternehmer

Kontakt

Wolfgang Denk, w.denk@energyforhumanity.org

ENERGY FOR
HUMANITY

**JETZT
ABSTIMMEN**

27. NOVEMBER 2016

Atomausstiegsinitiative

NEIN



NEIN
zur Strom-
Preisexplosion

Auch
Brot
backen
braucht
Strom

Müsste die
Schweiz 40 %
ihres Stroms
importieren,
explodieren die
Strompreise!

NEIN zur Kostenexplosion
für Strom bei KMU!

NEIN zur Preisexplosion
für Haushaltsstrom!

NEIN zur Schwächung der
Wirtschaft!

NEIN zur Gefährdung von
Arbeitsplätzen und
Wohlstand!

**Sie alle sagen NEIN zur
radikalen Atomausstiegsinitiative:**

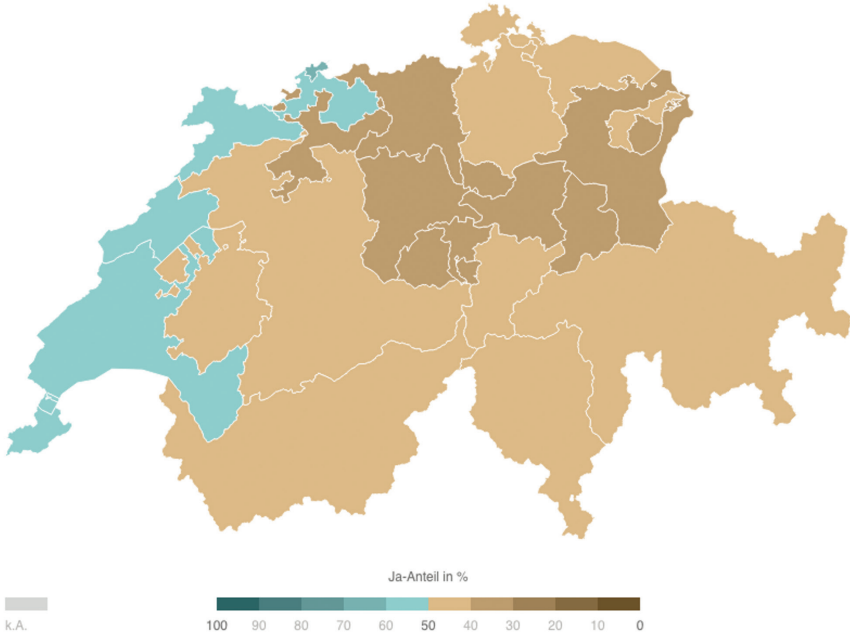
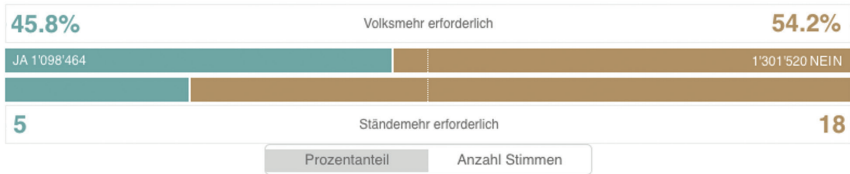
Bundesrat, Nationalrat und Ständerat
CVP, FDP, SVP, BDP und EVP
Die Kantone und die
Schweizer Wirtschaft

Impressum: Verlag/Redaktion Schweizerischer Gewerbeverband sgv
Schwarztorstrasse 26, Postfach, 3001 Bern · sgv-usam.ch

sgv@usam **.energiesuisse.net**

Das Gewerbe ist auf eine sichere Stromversorgung angewiesen, deshalb spannte **.energiesuisse.net** für seine Kampagne mit dem Gewerbeverband zusammen.

Trotz heftiger Propaganda der Grünen Partei, unterstützt von SP, GLP, der Schweizerischen Energiestiftung (SES), den finanzstarken Umweltorganisationen WWF und Greenpeace wurde die Atom-Ausstieginitiative am 27. November 2016 abgelehnt. Bloss 45,8 Prozent der Stimmen und 5 Stände wollten den Ausstieg. Interessant sind die geografischen Unterschiede. Die Ja-Mehrheiten kamen aus den welschen Kantonen und den beiden Basel. Der Halbkanton Baselstadt stimmte mit 60,5 Ja am deutlichsten zu, der Kanton Schwyz mit 68,1 am deutlichsten dagegen.



Nun galt es, auch den zweiten Streich zu gewinnen und die nötigen 50000 Unterschriften vor dem 19. Januar 2017 zu sammeln. Die Frist von 100 Tagen war bereits wegen des Abstimmungskampfs verkürzt und jetzt kamen auch noch die Feiertage dazwischen. Es wurde eng! Dazu kam ein überraschendes Phänomen: Wir hatten keine eigenen Unterschriftenbogen drucken lassen und benutzten anfänglich diejenigen der SVP. Dabei mussten wir feststellen, dass viele Leute, die sich zunächst interessiert zeigten, sich abwandten, sobald sie das SVP-Logo sahen. Deshalb benutzten wir später die Bogen der Jungfreisinnigen. Es war ein Fotofinish. Schliesslich kamen 68390 gültige Unterschriften zusammen wie die Bundeskanzlei am 31. Januar 2017 bestätigte.

Uns war bewusst, dass der Bundesrat die Abstimmung so früh wie möglich ansetzen würde, um uns möglichst wenig Zeit für den Abstimmungskampf zu geben. Es war uns auch klar, dass wir Doris Leuthard diesmal nicht auf unserer Seite haben würden. Ganz im Gegenteil!



Dass wir in der Schweiz als Folge der Energiestrategie Gaskraftwerke würden bauen müssen, war plötzlich kein Thema mehr. Obwohl anfangs offiziell geplant, verschwand jeder Hinweis darauf von den Webseiten des Departements. Dass die Energiewende problemlos zu schaffen sei, war offiziell keine Frage. «Wir müssen nur wollen, dann dürfen wir auch können» vertraute sie der NZZ an. Was würde die Energiestrategie kosten? Noch weniger als der «Schönrechner» Bretschger gefunden hatte, nämlich 40 Franken für einen durchschnittlichen Haushalt pro Jahr. Das war Leuthards Mantra.

Das Spielfeld war gegen uns geneigt, daran bestand kein Zweifel. Um so wichtiger war es, möglichst viele schwergewichtige Gruppen gegen die Vorlage einzubinden: Die Freisinnigen, Economiesuisse und den Gewerbeverband. Zusammen mit weiteren Mitgliedern von **.energiesuisse.net**, die politisch besser vernetzt waren als wir, Persönlichkeiten wie der ehemalige ABB-Schweiz Chef und ABB-Verwaltungsrat Edwin Somm, die frühere Zürcher Ständerätin Vreni Spoerry, der ehemalige Direktor des BFE Dr. Eduard Kiener, führten wir viele Gespräche mit einflussreichen Personen. Dabei stiessen wir zu unserer Überraschung und Enttäuschung auf wenig Entschlossenheit und viel Verunsicherung. Verbände wie Swissem, Scienceindustries, Swissplastics, Swissmechanic sprachen sich zwar gegen das Gesetz aus, aber Geld nahmen sie keines in die Hand. Die Hoffnung, von der «Energiewende» in irgendeiner Form zu profitieren, sei es von Subventionen, sei es von lukrativen Aufträgen, schimmerte überall durch. Sorgen bereiteten uns die Freisinnigen. Zwar hatte sich ihre Präsidentin, Petra Gössi gegen die Energiewende ausgesprochen, doch der einflussreiche Zürcher Ständerat Ruedi Noser weibelte unermüdlich dafür. Und schliesslich hatten die Freisinnigen während der Debatte im Nationalrat mitgeholfen, den Antrag von Walter Wobmann (SVP, SO), die Vorlage dem obligatorischen Referendum zu unterstellen, zu versenken und in der Schlussabstimmung hatten sie mehrheitlich für das Gesetz gestimmt.

Ruedi Noser politisiert normalerweise streng liberal: Gegen Eingriffe des Staates, für moderate Steuerbelastung, gegen Bürokratie. Noser führt die Firma Noser Engineering AG, die in der Informatikindustrie tätig ist. Auf der firmeneigenen Webseite stand damals der Satz: «Wenn Energie noch effizienter genutzt werden kann, dann war's Informations-technologie by Noser». Wenn Noser «Smart Grid» hört, sieht er natürlich potentielle Aufträge. Er wäre ein schlechter Geschäftsmann, wenn er sie nicht sähe.

Ein weiteres Beispiel von freisinnigem Sinneswandel ist Peter Schilliger. Der Luzerner hatte in der Vergangenheit oft vor Subventionen gewarnt «weil sie den Markt verzerren und in die Planwirtschaft führen». Aber Schilliger führt ein

Unternehmen das in der Gebäudetechnik tätig ist und die Energiewende würde Gebäudesanierungen erzwingen – Arbeit für Schilligers Unternehmen. So wandelte sich seine Einstellung zum neuen Energiegesetz von «mittlerer Unzufriedenheit» (Mai 2016) zu einem «Kompromiss hinter dem wir stehen können» (November 2016).

An der Delegiertenversammlung der FDP, die über die Parole beschliessen sollte, war geplant, dass Ständerat Noser das pro-Referat und Nationalrätin Doris Fiala das contra-Referat halten. Ausserdem sollte die Versammlung in Fribourg stattfinden. Damit war eine starke Beteiligung der welschen Delegierten zu erwarten. Gemäss den Resultaten der Atom-Ausstiegsinitiative wussten wir, dass die Westschweiz den Atomausstieg befürwortet. Wir rechneten mit dem Schlimmsten und versuchten, die Jungfreisinnigen – mit denen wir bei der Unterschriftensammlung für das Referendum gut zusammengearbeitet hatten – dazu zu bewegen, sich für eine Stimmfreigabe einzusetzen, um ein Ja zu verhindern. Leider liessen sie sich das vom Parteisekretär ausreden. So trat das Schlimmste ein: Die FDP beschloss die Ja-Parole.

Der Dachverband Economiesuisse zeigte unter der Leitung von Heinz Karrer anfänglich wenig Begeisterung für das Energiegesetz. Anlässlich der Vernehmlassung hatte der Verband den Entwurf noch arg zerzaust. Doch jetzt klafften die Meinungen der Mitgliedverbände weit auseinander. Während die Maschinenindustrie und Scienceindustries überzeugt dagegen waren, zeigten sich Banken und Pharmaindustrie als begeisterte Befürworter. So blieb es bei einer Stimmfreigabe.

Eine weitere überraschende Enttäuschung bereitete uns der Gewerbeverband: Es gelang Präsident Rime und Direktor Bigler nicht, die Mitglieder von der Gefahr des Gesetzes für die Winterstromversorgung zu überzeugen und die Gewerbekammer, das ist die Delegiertenversammlung des SGV, beschloss, wohl in der Hoffnung auf lukrative Aufträge, das Gesetz zu unterstützen. So entstand die groteske Situation, dass Hans-Ulrich Bigler als Präsident des Nuklearforums die Ja-Parole für das Verbot neuer KKW vertreten musste.

Somit war die SVP praktisch allein gegen das Energiegesetz, abgesehen von unserem Komitee «Energiegesetz – so nicht!» der Kettenreaktion, Freie Landschaft Schweiz (FLCH) und einigen Einzelkämpfern wie Lukas Weber. «Alle gegen die SVP», das kommt selten gut für die SVP. Wir trafen uns mit alt Bundesrat Blocher, Präsident Röstli und der stellvertretenden Generalsekretärin Bär im Bundeshaus, um die SVP-Spitze davon zu überzeugen, sich im Abstimmungskampf zurückzunehmen und anderen gegnerischen Komitees

zu helfen, sichtbar zu werden. Röstli hätte es verstanden, aber er war «nur» Präsident.

So entwickelte sich ein Abstimmungskampf um die Frage der Kosten. Für BR Leuthard und die Befürworter waren es 40 Franken pro Jahr und Familie. Die SVP zitierte Borner und Schips mit 3200 Franken plus die unabsehbaren Kosten für das zweite Massnahmenpaket. Die Gegner behaupteten, dieser Betrag komme nur wegen hypothetischen künftigen Kosten des zweiten Massnahmenpakets zustande. Das stimmt aber nicht. Es ist schlicht die Umrechnung der deutschen Erfahrungen auf Schweizer Verhältnisse. Wir wissen das, weil wir bei der Berechnung mitgemacht haben.

In dieser Situation ereignete sich etwas Eigenartiges: Finanzministerin Widmer-Schlumpf hatte kurz vor ihrem Abgang die Vorlage für die Verfassungsänderung für ein «Klima- und Energielenkungssystem» (KELS) ins Parlament gebracht, eben das zweite Massnahmenpaket. Dieses sollte Lenkungsabgaben auf fossilen Brenn- und Treibstoffen ermöglichen. Die Vorlage stiess im Nationalrat auf einhellige Ablehnung, allerdings aus den unterschiedlichsten Gründen – oder sollte man sagen Vorwänden? Der wahre Grund war, der SVP ja keine Munition zur Kostenfrage im Abstimmungskampf zu liefern. Hans Grunder und Bastien Girod haben das sogar unumwunden zugegeben. So geschah Einmaliges: Der Rat trat nicht auf die Vorlage ein und zwar ohne darüber abzustimmen! Niemand durfte erfahren, wieviel die Energiewende schliesslich kosten würde. Trotzdem standen finanzielle Erwägungen im Vordergrund. «Geld bleibt hier» war einer der Slogans und offenbar wirkten die 40 Franken der Befürworter glaubwürdiger als die 3200 Franken der SVP.

Das Netzwerk [.energiesuisse.net](http://www.energiesuisse.net) hatte ein eigenes Abstimmungs-Komitee «**Energiegesetz – so nicht**» gegründet. Wir versuchten, von der Kostendiskussion wegzukommen und Leuthards Slogan «sicher, sauber, schweizerisch» zu widerlegen. Unser Argument war der drohende Import deutschen Kohlestroms. Das macht den Strom nicht sauber, sondern unsauber, und schon gar nicht schweizerisch und die Stromversorgung wird erst noch unsicher.

Die CVP schickte neben ihrer immer strahlenden Bundesrätin alle ihre wortgewal-



tigen Streiter an die Front. Darunter natürlich auch den bereits erwähnten Stefan Müller-Altermatt. Das kam bei seinen ehemaligen Freunden vom solothurnischen Verein «Thaler Landschaft ohne Windräder», die ursprünglich mit ihm zusammen gegen einen Windpark kämpfen, gar nicht gut an. Sie warfen ihm vor, ihnen in den Rücken zu fallen. In einem E-Mail vom 24. April 2017 rechtfertigte er sich: Er kämpfe zwar für die Energiestrategie 2050, aber er sei weiterhin gegen den Windpark im Thal. Das sei auch kein Widerspruch, denn die Ziele der Energiestrategie könne man auch ohne Windenergie erreichen. Öffentlich hat er das aber wohlweislich nicht gesagt.

Claude Longchamp ist der Umfrage-Guru der Schweiz. Seit Beginn des Abstimmungskampfs hatte er Mehrheiten für das Energiegesetz vorausgesagt, allerdings mit abnehmenden Prozentzahlen. Anfangs Mai verkündete er «es könnte noch kippen». Da fuhr den Befürwortern offenbar der Schreck in die Glieder. Sie mobilisierten Greenpeace mit einer aufgewärmten Atom-Angst Kampagne.

Zu jeder einigermaßen wichtigen eidgenössischen Abstimmung organisiert das Deutschschweizer Fernsehen eine Arena. Nun ist es kein Geheimnis, dass das Personal beim Fernsehen mehrheitlich rot-grün tickt. Man durfte daher gespannt sein, wen sie zu diesem verbalen Schlagabtausch einladen würden. Auf der Seite der Befürworter war BR Leuthard natürlich gesetzt. Bei den Gegnern natürlich jemand von der SVP. Das Fernsehen wollte Präsident Röstli. Aber die SVP schickte Toni Brunner und zwar ultimativ: Brunner oder die SVP macht nicht mit. Damit waren die Spitzenpositionen besetzt. Es braucht aber auf beiden Seiten mindestens zwei. Die SP delegierte Eric Nussbaumer. Nussbaumer ist Elektroingenieur HTL und VR-Präsident der «ADEV Energiegenossenschaft», die im Bereich erneuerbare Energie tätig ist.

Für den zweiten Platz auf der gegnerischen Seite entschied sich die Arena-Redaktion überraschenderweise für die politisch unbekanntere Irene, die man offenbar von Brennwalds Reportage kannte. Sie war eigentlich aus Sicht der Befürworter eine Idealbesetzung: Man konnte dem Arena-Team nicht den Vorwurf machen, sie hätten eine inkompetente Person gewählt, andererseits hatte sie keine Arena-Erfahrung – wie sich zeigen sollte. So kam es doch noch zur Konfrontation mit BR Leuthard, die Reto Brennwald so sehnlich gewünscht hatte.

Toni Brunner war Mitglied der Umwelt Raumplanung Energie Kommission des Nationalrats (UREK-N). Wir haben den Auftritt gemeinsam vorbereitet und waren hochofrenet wie wiss- und lernbegierig er ist. Praktisch jedes Argument, das wir besprochen hatten, hat er in der Debatte genutzt.



Der Moderator war Mario Grossniklaus. Wir haben ihn nicht als neutral empfunden. Irene, als anständige Person, liess sich von ihm immer wieder das Wort abschneiden. Am brutalsten, als sie sich anschickte, über die Subventionen zu informieren, die Nussbaumers Energiegenossenschaft bezieht. Nussbaumer verlangte gebieterisch das Wort und erhielt es. So vernahm man nichts von den 10 Millionen, die Nussbaumer jährlich aus dem Subventionstopf erhält.

Als Beweis, wie leicht man mit erneuerbarer Energie eine industrialisierte Volkswirtschaft betreiben könne, zeigte der Moderator einen Film aus Norwegen. Das Land versorgt sich fast zu 100 Prozent mit Wasserkraft und hat eine lange, windgepeitschte Küste. Irreführend und tendenziös! BR Leuthard durfte ihre Botschaft verbreiten und zum Beispiel bestreiten, dass sie je an Gaskraftwerke gedacht habe. Dagegen hat der Moderator Toni Brunner mit harten Fragen bombardiert – er erhielt allerdings auch harte, aber humorvolle Antworten zurück! Insgesamt eine der parteiischsten Arenen. Der Moderator war klar auf der Seite der Bundesrätin und versuchte auch gar nicht, das zu verbergen.

Trotzdem waren wir nicht unzufrieden. Die wichtigsten Argumente hatten wir anbringen können. Die Frage war nur, ob sie auch gehört und verstanden wurden.

Für den Endspurt liessen wir unsere veränderte Botschaft an publikumsintensiven Orten wie in grossen Bahnhöfen wirken, wie hier im HB Zürich. Offenbar machten wir unsere Gegner nervös. Jedenfalls «kupferten» sie die Gestal-



tung unserer Plakate ab. Unser Appell an die SVP, ihre Kampagne anzupassen, blieb ungehört.

Am Tag der Abstimmung, fast genau sechs Jahre nach Leuthards Pressekonferenz, trafen sich alle Nein-Komitees in der Welle 7 im Bahnhof Bern. Die Gefühle waren gemischt. Im Geheimen hofften wir, Longchamps «es könnte noch kippen» möge sich bewahrheiten. Das erste Resultat liess hoffen: Der Kanton Glarus lehnte das Gesetz ab! Doch bald machte sich Ernüchterung breit. Am Ende hatten nur dreieinhalb Kantone abgelehnt: Glarus, Schwyz, Nidwalden und Leuthards Aargau. Trotzdem feierte sie ihren Triumph – und sie wurde in den Medien gefeiert.

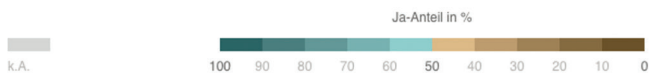
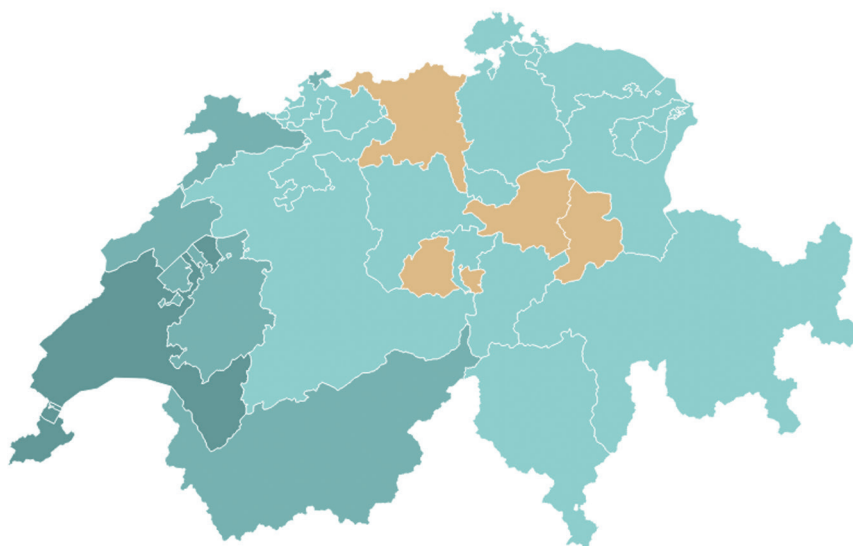
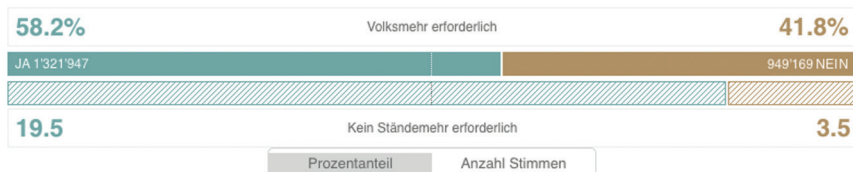


Live-Resultate der Vorlage vom 21. Mai 2017 nach Kantonen: Energierstrategie 2050

Schweiz

Abstimmung vom 21.5.2017

Beteiligung: 42.3%



k.A.

12. Nachlese

Jetzt hatte die Schweiz also ein neues Energiegesetz. Es sollte den Weg weisen für eine Energiestrategie bis ins Jahr 2050. Ein Gesetz voller Illusionen und Widersprüche. Ein Gesetz, das alle Eigenschaften hat, die ein schlechtes Gesetz auszeichnen: Widersprüchlich, unrealistisch, detailversessen, bürokratisch und verzettelt. Wie konnte das sonst so pragmatische und bedachte schweizerische Stimmvolk so etwas annehmen? Das war am Abend der Abstimmung unsere grösste Enttäuschung.

Wir müssen drei Phasen unterscheiden: Die Entstehung, die Behandlung im Parlament und den Abstimmungskampf.

Zur Entstehung: Wir haben bei unseren Recherchen zunehmend den Eindruck gewonnen, dass das Gesetz von langer Hand vorbereitet war. Moritz Leuenberger hatte zwar ein Lippenbekenntnis für die «Option Kernenergie» abgegeben, aber mit der Berufung des bekennenden Atomenergie-Gegners Walter Steinmann zum Direktor des BFE hat er eine wichtige Weiche gestellt. Schon 2003 begann das BFE die Lobbyorganisationen «Swiss Eole» und «Swiss Solar» mit Verträgen an sich zu binden und zu finanzieren – mit Millionenbeträgen. Die Energiestrategie 2050 ist Steinmanns Strategie. Er hat anlässlich einer Jubiläumsveranstaltung zum 90-jährigen Bestehen des BFE offen die Autorenschaft für sich reklamiert. Als BR Leuthard 2010 das Departement übernahm, war es für Steinmann ein Leichtes, die neue Chefin auf seine Linie zu bringen – auch angesichts der drei Bauchgrimmen verursachenden Gesuche für neue Kernkraftwerke. Deshalb versuchte sie schon im Januar 2011 in der CVP-Fraktion den Atomausstieg zu diskutieren – damals noch erfolglos. So war der Unfall von Fukushima bloss der Auslöser des geplanten Handstreichs und die Verhältnisse im Bundesratskollegium waren günstig. Die Motion Schmidt entstand verdächtig schnell. Wir sind überzeugt, dass sie mit tatkräftiger Hilfe der SP von langer Hand vorbereitet war. BR Leuthard selbst hat mehrmals behauptet, die Energiestrategie 2050 sei nicht eine Reaktion auf Fukushima. Man hat es ihr nicht abgenommen, dabei war das eine der wenigen Gelegenheiten, da sie wohl die Wahrheit gesagt hat.

Die amerikanische Historikerin Barbara Tuchman hatte sich schon in ihrem 1984 erschienenen Buch «Die Torheit der Regierenden» darüber gewundert, dass in keinem Lebensbereich so viele unverständliche – eben törichte – Entscheide gefällt würden, wie in Regierungen. Das ist eine offenbar zutreffende

Beobachtung, aber keine Erklärung. Eine mögliche Erklärung hat Hans-Werner Sinn in einem Interview mit der Plattform «Mission Money» am 27. Oktober 2020 gegeben: «Im politischen Entscheidungsprozess sind Sachfragen irrelevant». Relevant sind offenbar ausschliesslich Machtfragen.

Zur Behandlung im Parlament: Auch da zeigte sich, dass es leider nicht um Sachfragen geht. Allerdings ging es hier weniger um Macht, sondern um Vorteile, vorwiegend wirtschaftlicher und finanzieller Art. Wir haben dies schon bei der Schilderung der Debatten gezeigt. Dazu kommt ein Phänomen, das Nationalrat Hans-Ueli Vogt in einem Interview mit der «Republik» wie folgt beschreibt: «Bei jedem Geschäft verstehen von den 246 Parlamentarierinnen und Parlamentarier höchstens ein Dutzend genau, worum es geht.». Im Fall der Energiestrategie war es vielleicht ein einziger: Christian Wasserfallen. Die andern stützten sich – wie BR Leuthard – auf Berichte der ETH, die zeigen wollten, dass der Ausstieg aus der Atomenergie ohne Wenn und Aber machbar sei. Die berühmte «Bundesuniversität» ETH spielte eine unrühmliche Rolle und förderte den Sachverstand nicht – im Gegenteil.

Zum Abstimmungskampf: Gerade weil das Gesetz so verzettelt ist, war der Abstimmungskampf schwierig. Geht es um die Förderung der Erneuerbaren? Geht es um die sichere Stromversorgung? Geht es um den Strompreis? Geht es um Umweltschutz? Geht es um den Atomausstieg? Geht es um das Verhältnis zur EU? Es ging um all das und noch viel mehr. Zu all dem kann man in der Abstimmung nur insgesamt Ja oder insgesamt Nein sagen.

Wir hatten für unsere Kampagne verschiedene Argumente testen lassen. Es schien, dass das mit dem deutschen Kohlestrom am besten wirkte und als glaubwürdig empfunden wurde. Gegen das Verbot neuer Kernkraftwerke anzukämpfen schien uns wenig aussichtsreich, der schnelle Atomausstieg, den die Initiative der Grünen forderte, war ja im November 2016 abgelehnt worden.

Letztlich muss man auch hier sagen: Sachargumente waren irrelevant. Es ging schlicht und einfach um Profite. Wahrscheinlich haben auch grosse Teile der SVP für das Gesetz gestimmt, die Bauern mit ihren grossen Scheunendächern sowieso. Zu viele konnten sich Hoffnung machen, von den Subventionen und den neuen Geschäftsfeldern ein Stück abzuschneiden, die Haustechniker, die Sanitärinstallateure, die Dachdecker, die Hausbesitzer, um nur die offensichtlichsten zu nennen. Die Gründe zum Hoffen waren im Gesetz geschickt verteilt. Wem das Gesetz nur Nachteile bereitet, sind die Mieter. Aber deren Verband wird von linken Leuten geleitet. Diese waren natürlich für das Gesetz und haben folglich ihre Schützlinge im Stich gelassen.

13. Ausblick

Das neue Energiegesetz ist nun bald drei Jahre in Kraft. Darf man jetzt schon anfangen, daran zu rütteln, ohne als schlechter Verlierer da zu stehen? Ja, man darf. Schliesslich rütteln BFE und Bundesrat selbst schon daran. Sowohl das Energiegesetz wie auch das Stromversorgungsgesetz sollen revidiert werden. Natürlich hat die Revision nicht das Ziel, das Gesetz zu verbessern und Fehler auszumerzen – im Gegenteil. Die berühmte «Sunset-Klausel», auf die die Freisinnigen so stolz waren, soll wegfallen. Die Subventionen sollen weiterlaufen. Die Richtwerte werden wieder verbindliche Zielsetzungen.

Total 253 Stellungnahmen mit einem Umfang von 1752 Seiten gingen bei der Vernehmlassung zur Revision des Energiegesetzes (EnG) ein. Stellung bezogen hat auch der Energie Club Schweiz und Bundesbehörden wie die Elektrizitätskommission (ElCom). Diese pocht in ihrer Stellungnahme vorab darauf, die Stromversorgungssicherheit im Winter sicherzustellen. Am 11. November 2020 hat der Bundesrat gar beschlossen, die beiden Revisionen, die des EnG und des StromVG gemeinsam vorzunehmen und er will die Zielsetzungen für die Produktion aus Erneuerbaren verschärfen: 2050 sollen es 39 Milliarden kWh sein! Das wäre ein Photovoltaikfeld mit 16 km Seitenlänge. Das ist der erste Grund, warum man rütteln darf.

Der zweite Grund: Es zeichnet sich mit aller Deutlichkeit ab, dass die wichtige Versorgung mit Winterstrom nicht gesichert ist. Es drohen die gefürchteten andauernden Strommangellagen, auf die die Schweiz noch schlechter vorbereitet ist, als auf eine Pandemie. Warum warnt die ElCom erst jetzt? Weil sie einen neuen Präsidenten hat. Sein Vorgänger, Carlo Schmid hat sich standhaft geweigert, seiner Parteifreundin Doris Leuthard vor der Abstimmung in die Parade zu fahren. Parteifilz ist eben nicht im Interesse des Volkes – auch bei der Post nicht. Der Bundesrat hat endlich die heftige Warnung der ElCom verstanden und will im Stromversorgungsgesetz festschreiben, dass sich die Schweiz auch im Winter während mindestens 22 Tagen selbst versorgen kann. Ob das reicht?

Schliesslich gibt es einen weiteren Grund, warum man an dieser verfehlten Strategie rütteln muss: Die Verhältnisse haben geändert. Zwar ist es in Kreisen der Wissenschaft seit Jahrzehnten klar, dass die fossilen Brennstoffe mit der Zeit verschwinden müssen, weil sie das Klima mit den steigenden CO₂-Emissionen weltweit verändern. Seit der Abstimmung im Mai 2017 ist dieses Bewusstsein mit voller Wucht gewachsen. Überall wird «netto Null» gefor-

dert, fragt sich nur bis wann. Bis 2050 ist der Bundesrat der Meinung, wie er im September 2019 verlauten liess. Dann kann aber der Stromkonsum unmöglich 13 Prozent zurückgehen, wie es im Gesetz steht. Der Stromverbrauch wird sich vervielfachen, denn Dekarbonisierung geht nur über Elektrifizierung. Angesichts dieser zwingenden Einsicht ist der Verzicht auf neue Kernkraftwerke ein Schuss ins eigene Knie. Deshalb muss man nicht nur das Energiegesetz und das Stromversorgungsgesetz zusammenlegen – es braucht mehr!

Ein zukunftstaugliches Energiegesetz orientiert sich am Klimaproblem und es muss den Ersatz aller fossilen Energieträger in einer realistischen Frist umfassen. Daniel Fässlers Votum aus der Eintretensdebatte im Nationalrat müsste so lauten: «... eine Gesetzgebung, die eine Energieversorgung ermöglicht ohne fossile Energieträger (statt ohne Atomkraftwerke), unabhängig vom Ausland und ohne die Wirtschaft zu schädigen». Bundesrat Alain Berset hat es in der Arena vom 23. Oktober 2020 im Zusammenhang mit Covid-19 so gesagt: «Man darf nie etwas definitiv ausschliessen, wenn man eine Krise bewältigen muss.» Ja, wir müssen eine Krise bewältigen, die Klimakrise, und da muss das Bewusstsein wachsen, dass man die Kernenergie nicht ausschliessen darf – nicht ausschliessen kann.

Wir stellen erfreut fest, dass es Bewegung in die richtige Richtung gibt. Im Gegensatz zur Mutterpartei und ihrer zögerlichen Präsidentin haben die Jungfreisinnigen die Zeichen der Zeit erkannt und setzen auf Kernenergie. Wann geht den Grünliberalen ein Licht auf? Es gibt immer mehr «Konvertiten» – Umwelt- und Klimaschützer, die einsehen, dass man Umwelt und Klima mit Kernenergie am besten schützt. So hat sich eben eine der Anführerinnen von «Extinction Rebellion», Zion Lights, Energy for Humanity angeschlossen. Aber sie braucht viele, viele Nachahmer.

Kernenergie ist nicht leicht zu verstehen, es ist aber leicht gegen Kernenergie Angst zu schüren. Das haben Greenpeace, WWF, SES, SP und die Grünen seit bald 50 Jahren so erfolgreich gemacht, dass es sogar Klimawissenschaftler gibt, die Angst haben vor radioaktiven Abfällen und Kernkraftunfällen. Die Schweizer Kernkraftwerke wurden immer nachgerüstet, mit Kosten von hunderten von Millionen Franken. Neue, inhärent sichere Kernreaktoren, bei denen der Schaden jeder denkbaren Havarie auf das Kraftwerk beschränkt bleibt, werden weltweit entwickelt und gebaut. Auch kleine modulare Reaktortypen (SMR) wird man in wenigen Jahren kaufen können. Mit ihnen wird Kernenergie dezentral. Statt uranbasierte Reaktoren werden auch Thoriumreaktoren entwickelt, ohne die gefürchteten langlebigen Abfälle. Das müssen wir der Klimajugend zeigen. Statt zu streiken, brauchen sie Physikunterricht, damit sie

die Grundlagen und physikalischen Gesetze der technischen Welt, in der wir heute leben, auch begreifen.

Das Energiegesetz nach dem Prinzip Hoffnung von BR Leuthard wird nach 3 Jahren umgebaut, weil man es verpasst hat, sachlich über die Möglichkeiten, die Emissionen und Kosten aller Stromproduktionsarten offen und ehrlich zu diskutieren, aber man packt noch mehr Hoffnung hinein. Die Studie, welche das PSI im Auftrag des BFE über «Potenziale, Kosten und Umweltauswirkungen von Stromproduktionsanlagen» verfasst hat, durfte vor der Abstimmung im Mai 2017 nicht veröffentlicht werden, weil sie mit Zahlen belegt hat, was Sache ist. Zahlen lügen nicht:

Treibhausgasemissionen von Stromproduktionstechnologien (in g CO₂eq/kWh), heute und im Jahr 2050.

Technologie	Neuanlagen heute	Neuanlagen 2050
Laufkraftwerk	5–10	5–10
Speicherkraftwerk	5–15	5–15
Kleinwasserkraft	5–10	5–10
Windenergie Schweiz	8–27	5–30
Windenergie offshore	8–16	5–20
Fotovoltaik: multikristallin	39–69	7–45
monokristallin	62–109	11–71
Dünnschicht	25–43	8–30
Holzverbrennung und -vergasung	10–120	10–100
Landwirtschaftliche Biogasanlagen	150–450	keine Angaben
Tiefengeothermie	nicht vorhanden	27–84
Kernenergie	10–20	5–40
Gaskombikraftwerk GuD	387–400	346–363
GuD mit CO ₂ -Abscheidung	nicht vorhanden	70–100
Erdgas-BHKW: 10 kW _{el}	583–633	546–601
1000 kW _{el}	459–500	423–468
Brennstoffzellen: 1 kW _{el}	560–780	440–570
300 kW _{el}	370–650	340–450
Kohlekraftwerke (Ausland)	823–1022	734–850
Kohlekraftwerke mit CO ₂ -Abscheidung	nicht vorhanden	34–214

Dass Sachfragen in der Politik irrelevant sind, haben wir bei der Behandlung des Energiegesetzes im Parlament erlebt. Neben Vorteilen und Pfründen sind Politiker vor allem daran interessiert, wiedergewählt zu werden. Darum beschliessen sie Dinge, von denen sie glauben, dass das Volk sie will.

Aber manchmal täuschen sie sich. Das Stimmvolk ist nicht gegen Kernenergie. Inert vier Jahrzehnten hat es sich fünf Mal dafür ausgesprochen. Aber mit der Energiestrategie hat es doch den Ausstieg beschlossen oder etwa nicht? Wie viele Stimmende haben JA gestimmt, um den Ausstieg herbei zu führen? Die Voto-Analyse im Nachgang zur Energiegesetz-Abstimmung hat es herausgefunden: 38 Prozent! Die übrigen hofften auf die Sonne. Gut, man will die bestehenden Kernkraftwerke behalten, aber niemand will neue, oder? Die Berner haben am 13. Februar 2011 ein neues KKW in Mühleberg befürwortet!

Die eidgenössischen Parlamentarier müssen einsehen: Sie haben sich getäuscht. Sie haben den Volkswillen falsch eingeschätzt und damit unser Land in eine Sackgasse manövriert. Das Energiegesetz hat die Erwartungen nicht erfüllt – im Gegenteil. Es nützt nichts, dieses nach dem Prinzip «mehr vom Gleichen» zu revidieren. Das führt nur tiefer in die Sackgasse.

Nun warnt endlich auch die ElCom vor der Winterlücke und hat sogar das BFE überzeugt, das Thema Winterstromversorgung aufzunehmen. Das neue Energiegesetz muss ein «Klima- und Energiegesetz» werden. Nicht nur das Energie- und das Stromversorgungsgesetz müssen zusammengeführt werden auch das CO₂-Gesetz gehört dazu.

Für das bundesrätliche «netto Null» bis 2050 braucht es Kernenergie.

Die Klimajugendlichen möchten «netto Null», am liebsten sofort. Sie möchten aber auch eine sichere Strom- und Energieversorgung. Mit den Details und Zusammenhängen der sicheren, möglichst CO₂-freien, Stromversorgung haben sie sich noch nicht wirklich befasst. Das lässt hoffen! Die Klimajugend wird lernen, dass sie ihrem Ziel nach «netto Null» vergeblich nachjagt, wenn sie sich nicht auch mit Kernkraftwerken auseinandersetzt.

Mit unserer Spurensuche möchten wir dazu beitragen, diese wichtige Diskussion anzustossen!

Es ist Corona-Lockdown 2020. Das Energiegesetz, dem die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Mai 2017 mit 58% zugestimmt hatten, soll etwas über 2 Jahre nach seinem Inkrafttreten schon revidiert werden. Wir schauen uns an und fragen uns: Wie war es möglich, dass die demokratische, pragmatische und gebildete Schweiz in eine solche Sackgasse geraten konnte? Wir beschliessen, uns auf Spurensuche zu begeben, denn schliesslich waren wir beide fast unser Leben lang mit Energiefragen beschäftigt.

Irene und Simon Aegerter

